



<http://www.laender-analysen.de/rusland/>

PUTINS BOTSCHAFT ZUR LAGE DER NATION ZUR DEUTSCHEN RUSSLANDPOLITIK

■ VON DER REDAKTION	
С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!	2
■ ANALYSE	
Auf dem Boden der Tatsachen Putins Rede zur Lage der Nation im Dezember 2013 Hans-Henning Schröder, Berlin	2
■ STATISTIK	
Rahmendaten der »Botschaften an die Föderalversammlung« 2000–2013	7
■ UMFRAGE	
Die Situation in Russland in aktuellen Umfragen	9
Die russische Verfassung in Umfragen	12
■ ANALYSE	
Deutschland braucht eine neue Russland-Politik Dmitrij Trenin, Moskau	14
■ UMFRAGE	
Russland, Deutschland und die russische Außenpolitik	18
■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
»Wahrheitsministerium« Zur Umstrukturierung der staatlichen Auslandsmedien	22
■ BIOGRAFIE	
Dmitrij Kiseljow, Chef der neuen Internationalen Informationsagentur »Russland heute«	23
■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Putin, der Sieger	25
Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK	
Vom 5. bis zum 19. Dezember 2013	28
■ LESEHINWEIS	
Abstracts von Aufsätzen aus OSTEUROPA 10/2013 mit Russlandbezug	31



С НОВЫМ ГОДОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 270 – erscheint am 30. Januar 2014. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir u.a. Beiträge über Landwirtschaft in Russland, über Geschichte und Geschichtspolitik sowie über Energiefragen. Eine weitere Nummer wird voraussichtlich dem Thema Nachhaltigkeit und Umwelt gewidmet sein.

Zunächst aber wünschen wir unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Christoph Laug, Sergej Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Auf dem Boden der Tatsachen

Putins Rede zur Lage der Nation im Dezember 2013

Hans-Henning Schröder, Berlin

Zusammenfassung

Putins diesjährige »Botschaft an die Föderalversammlung« hinterlässt einen zwiespältigen Eindruck. Sie ist gewiss kein großer Wurf, sie entwickelt keine politischen Perspektiven für das nächste Jahrzehnt. Sie arbeitet sich an vielen Einzelproblemen ab, die sie nüchtern analysiert und für die sie mitunter auch Lösungsvorschläge macht. Nach der mit patriotischer Rhetorik gesättigten Rede im Dezember 2012 war der Präsident nun wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Die Nichterfüllung der Mai-Erlasse, das schwache Wirtschaftswachstum, die Schwächen in Gesundheitswesen, Bildung und Wissenschaft; Sozialpolitik und Wohnungsbau wurden thematisiert. Immerhin kann Putin außenpolitische Erfolge vorweisen und nimmt dies auch zum Anlass, eine Politik, die anderen Gesellschaften ihre Werte aufzwingt, entschieden zurückzuweisen.

Russische Politik im Winter 2013

Die Präsidialadministration hatte dieses Jahr Putins Rede zur Lage der Nation auf den 12. Dezember angesetzt. An diesem Tag war 20 Jahre zuvor per Volksentscheid die derzeit geltende russische Verfassung verabschiedet worden. Ein symbolisches Datum, an dem Präsident Putin vor die Abgeordneten der Duma und des Föderationsrates trat, um in der »Botschaft an die Föderalversammlung« die Bilanz des abgelaufenen Jahres zu ziehen und seine politischen Vorstellungen für das kommende Jahr vorzustellen. Das hatte er in seinen bisherigen Amtszeiten bereits neunmal getan. 2013 war die zehnte »Botschaft«, die er den Parlamentariern präsentierte.

Nach brisanten Themen mussten die Redenschreiber 2013 nicht lange suchen. Das Regime war nach der Finanzkrise 2008/2009 in schweres Fahrwasser geraten. Ökonomische und soziale Probleme hatten Unzufriedenheit und Missstimmung in der Gesellschaft wachsen lassen. Als die politische Führung 2011 die Ergebnisse der Dumawahlen verfälschte, brach der Unmut in

Form von Massendemonstrationen auf, die sich allerdings auf die Metropolen beschränkten. Zwar wurde Putin im März 2012 wieder zum Präsidenten gewählt, doch die Akzeptanzkrise des Regimes hält bis heute (Dezember 2013) an, die Umfragewerte von Präsident und Regierung geben immer weiter nach.

Es ging dabei nicht nur um ein Imageproblem. Die Wirtschaft wuchs 2013 kaum, der Kapitalabfluss ins Ausland blieb hoch, es war nicht gelungen, die Industrie umzustrukturieren und sich aus der Abhängigkeit von Energieexporten zu lösen. Die Investitionen sind unzureichend, die Infrastruktur mangelhaft. Da die Wirtschaftsleistung 2013 kaum zugenommen hatte, waren für die Verbesserung des Lebensstandards und den Ausbau der Sozialsysteme nur begrenzt Mittel vorhanden. Die Überwindung der Akzeptanzkrise durch sozialen Fortschritt, wie sie in Putins Mai-Erlassen 2012 angelegt war, konnte daher nicht ohne weiteres erreicht werden.

Innenpolitisch hatte die Putin-Administration 2012/2013 darauf gesetzt, oppositionelle Kräfte einzuschüchtern und die Zivilgesellschaft unter Kontrolle zu

bringen. Justiz und Strafverfolgungsbehörden arbeiten hier Hand in Hand, um potentielle Oppositionsführer durch Strafverfahren zu neutralisieren. Parallel dazu betrieben Administration und Duma eine nationalpatriotische Politik, die sich an die gesellschaftlichen Kräfte rechts der Mitte wandte. Die nationale Mobilisierung zeitigte zwar Erfolge, wurde dann aber auch von einer Verschärfung fremdenfeindlicher Stimmungen begleitet. Die Ablehnung von Migranten aus dem Kaukasus und Zentralasien hat zugenommen und den Nährboden für Pogrome wie das im Moskauer Stadtteil Birjulowo geschaffen.

Der Sommer 2013 brachte eine gewisse Wende: Die Kampagne gegen die Nichtregierungsorganisationen wurde eingestellt, und politisch gab es Andeutungen von Liberalisierung. Einzelne Politiker wie der Moskauer Bürgermeister Sobjanin gewährten der Opposition kleine Spielräume, so dass sie bei den Regionalwahlen im September örtlich Erfolge erzielen konnte. Möglicherweise fürchteten einige Angehörige der Führungselite, dass die rechte Mobilisierung zu einer Spaltung der Gesellschaft führen könnte, und bemühten sich, die gemäßigten Teile der Opposition in das politische System zu integrieren. Im Herbst 2013 war allerdings noch nicht klar, ob sich diese Tendenz in der politischen Spitze durchsetzen können.

Außenpolitisch war die Putin-Administration 2012 und 2013 recht erfolgreich gewesen. Sie hat im Syrienkonflikt einen diplomatischen Erfolg erzielt, und bei den Bemühungen um die Integration des postsowjetischen Raums Fortschritte gemacht. Doch der Versuch, auch die Ukraine einzubinden, stieß 2013 in der EU und in der ukrainischen Gesellschaft auf Widerstände.

All dies – die Schwäche des Wirtschaftswachstums, die soziale Frage, die interethnischen Konflikte, die Organisation des politischen Systems, die Krise in der Ukraine – waren Themen, die die »Botschaft« behandeln musste. Insbesondere war von Interesse, ob der Präsident Aussagen über den künftigen politischen Kurs macht: Würde die Führung eine Integration der Gesellschaft anstreben, die Einbindung liberaler Mittelschichten und die Überwindung der interethnischen Gegensätze, oder würde sie die nationale Mobilisierung vorantreiben und eine Ausgrenzung von relevanten Teilen der Gesellschaft zulassen, um dem Regime so einen Rückhalt in der überwiegend konservativ orientierten Bevölkerung zu verschaffen? Auch in der Außenpolitik stellte sich die Frage nach der künftigen Politik: Würde der Präsident auf eine hegemoniale – und konfrontative – Politik setzen oder es vermeiden, die Beziehungen zu den Nachbarn im postsowjetischen Raum und zum größten Wirtschaftspartner – der Europäischen Union – nachhaltig zu verschlechtern.

In der Vergangenheit hatten Präsidenten die »Botschaft« durchaus genutzt, um solche politische Richtungsentscheidungen anzukündigen oder zu erläutern. Dmitrij Medwedew entwarf 2009 das Programm, mit dem er die Forderung nach einer raschen Modernisierung des Landes, die er in seinem Artikel »Russland vorwärts!« formuliert hatte, konkretisieren wollte. Putin selbst hatte früher Fragen wie Korruptionsbekämpfung und die Sorge um die demographische Entwicklung thematisiert. Im Dezember 2012 hatte er die Gelegenheit genutzt, um in Inhalt und Diktion deutlich zu machen, dass nur eine Rückbesinnung auf die nationale Idee und traditionelle Werte Russland Rettung bringen werde. Daher war die Spannung hoch, welche Themen der Präsident im Jahre 2013 aufgreifen, und welche Signale er der russischen Gesellschaft und dem Ausland geben wollte.

Putins zehnte »Botschaft«

Die »Botschaft«, die Putin dann am 12. Dezember verlas, war deutlich kürzer als die des Vorjahres. Auch die Diktion hatte sich verändert: Begriffe wie »Vaterland« und »Patriot« kamen kaum noch vor, »Russland« wurde nur halb so oft erwähnt wie im Vorjahr, »Bürokratie« und »Beamter« tauchten überhaupt nicht auf. Das Wort »Politik« fiel nur achtmal (gegenüber 34 mal im Vorjahr), doch »Bildung«, »Wissenschaft«, »Schule« und »Technologie« wurden genauso oft oder öfter gebraucht als 2012. (vgl. Tabellen 1 und 2 Rahmendaten und Häufigkeit von Schlüsselwörtern auf S. 7–8). Es schien fast, als hätte der Präsident seinen Redenschreiber ausgetauscht: An die Stelle patriotischer Appelle und Rückbesinnungen auf Tradition und Geschichte trat in der »Botschaft« von 2013 eine nüchterne, fast technokratische Analyse.

Putin versuchte keinen »großen Wurf«, er sprach eine Vielzahl unterschiedlicher Themen an und arbeitete sie Stück für Stück ab, ohne politische Visionen und nur in wenigen Fällen mit ideologischen Rückbezügen. Die Verfassungsfrage, die im Vorfeld breit diskutiert worden war – einige Abgeordnete hatten sehr weitgehende Vorstellungen über Verfassungsänderungen – handelte Putin vergleichsweise knapp ab. Gewisse Korrekturen an der Konstitution bezeichnete er als notwendig, ging aber nur auf die Zusammenlegung der Obersten Gerichte ein. Darüber, welche Änderungen noch anstehen, schwieg er sich in der »Botschaft« aus.

Breit ging er auf die Notwendigkeit ein, das Bürgerengagement zu fördern, die Bürger in die kommunale Selbstverwaltung und den breiten öffentlichen Dialog einzubeziehen. Dabei sprach er auch die Beteiligung von Menschenrechtlern und Nichtregierungsorganisationen an, die allerdings nicht politisch aktiv werden, sondern sich mit dem »konkreten Menschen« beschäf-

tigen sollten. Man konnte den Eindruck gewinnen, dass der Präsident das Fehlen eines Dialogs Bürger-Obrigkeit als Problem wahrnahm. Da weder die Parlamente noch die zugelassenen Parteien in der Lage scheinen, die Bevölkerung zu erreichen, denkt der Präsident offenbar über andere Mechanismen nach, um die Bürger einzubinden. Allerdings wird in der »Botschaft« keine davon in überzeugender Weise dargestellt. Nach wie vor fehlen in Russland normale Institutionen, in denen die Bürger an Entscheidungen partizipieren können, eine Mehrheit hat denn auch kein Interesse an Politik. Das politische System weist also in der Kommunikation zwischen »Macht« und »Volk« ganz erhebliche Schwächen auf und Putin verfügt über keine Konzepte, mit denen diese Defizite behoben werden können.

Im Vorübergehen berührte Putin auch die Frage der interethnischen Konflikte. Ganz zutreffend beschrieb er sie als komplexe Phänomene, in denen sich soziale und regionale Probleme, Korruption, das Misstrauen gegenüber den Staatsorganen und Mängel der Bildungs- und Kulturpolitik vermischen. Politische Lösungsvorschläge für den Umgang mit diesem Problembereich blieb der Präsident den Abgeordneten aber schuldig: Er flüchtete sich in den Aufruf, die Einheit der Gesellschaft und des russischen Staates zu wahren. Im Wirtschaftsteil der »Botschaft« kam er allerdings noch einmal auf die interethnischen Probleme zurück: Putin forderte, bei der visafreien Arbeitsmigration aus dem postsowjetischen Raum »Ordnung zu schaffen« und kriminellen Aktivitäten »ausländischer Bürger« einen Riegel vorzuschieben. Insofern agierte der Präsident durchaus ambivalent: einerseits beschwor er den multiethnischen Charakter des russischen Staates und plädierte dafür, die Ursachen von Konflikten zu bekämpfen, andererseits nahm er das verbreitete Misstrauen gegen Migranten auf und versprach ordnungspolitische Lösungen. Den Eindruck, er habe die Brisanz des Problems erkannt und arbeite an einer Lösung, hinterließ er nicht.

Die leidigen Mai-Erlasse

Ein wichtiges Thema waren für den Redner aber die Mai-Erlasse des Jahres 2012 – jenes Bündel präsidialer Anordnungen, die, fast im Sinne planwirtschaftlicher Vorgaben, wirtschafts- und sozialpolitische Ziele für die kommenden Jahre fixiert hatten. Sie sahen u. a. eine erhebliche wirtschaftliche Leistungssteigerung, soziale Verbesserungen – etwa Gehaltssteigerungen für Lehrer und medizinisches Personal – einen effizienteren Mittelleinsatz im Sozialbereich und Beschleunigung des Wohnungsbaus vor. Die Erlasse waren gewissermaßen als Garantien für jenen sozialen Fortschritt gedacht, mit dem man gesellschaftliche Konflikte bereits im Vorfeld entschärfen wollte.

Der Verbund der Erlasse sei, so der Präsident, ein einheitliches Handlungsprogramm, das das Streben des russischen Volkes nach einem besseren Leben zusammenfasse. Doch man habe sie nicht oder nur verzerrt umgesetzt. Anderthalb Jahre nach der Publikation der Erlasse am 7. Mai 2012 seien sie, so der Präsident, immer noch nicht realisiert.

Die »Botschaft« behandelte eingehender einige der Problemfelder, auf die die Mai-Erlasse abzielten. Putin ging auf das Gesundheitswesen, die Kulturpolitik, das Bildungswesen und den Wohnungsbau ein, und setzte sich auch mit Einzelheiten auseinander. So stellte er angesichts der unzureichenden Regulierung der Baugenehmigungsverfahren bitter fest: »Die Kollegen verstehen sehr gut, was da vorgeht, warum die Frage bisher nicht gelöst wurde. Das ist eine durch und durch korrupte Sphäre, deshalb. Das ist das ganze Problem.« Der Präsident musste eingestehen, dass er nicht einmal in der Lage war, ein Verwaltungsverfahren zu vereinfachen, und zwar deshalb, weil die Masse der Beteiligten ein Interesse daran hätten, umständliche Verfahren beizubehalten, die mehr Möglichkeiten boten, Bestechung zu generieren.

Innovation, Unternehmensklima und *off shore*-Geschäfte

Großen Raum widmete Putin den Fragen von Wirtschaft, Wissenschaft und Technologie. Er stellte fest, dass der Anteil des Umsatzes durch intellektuelles Eigentum am Bruttoinlandsprodukt in den USA 12% ausmacht, in Deutschland 7–8%, in Russland aber weniger als 1%. Der Präsident forderte daher eine Intensivierung der Innovationspolitik, u. a. die Säuberung der Industrien von »veralteten, ineffektiven, schädlichen Technologien«, um Nachfrage nach neuer Hochtechnologie zu schaffen. In diesem Kontext wolle er auch den Export von Gütern der verarbeitenden Industrie ausbauen und dazu administrative Hemmnisse abbauen. Um das Geschäftsklima zu verbessern, regte der Präsident an, ein Register für staatliche Kontrollmaßnahmen zu schaffen. Damit solle das Vorgehen staatlicher Stellen im Unternehmensbereich transparenter, und die Kontrolleure besser kontrollierbar werden.

Schließlich thematisierte Putin auch die *off shore*-Frage. Im Dezember 2012 hatte er die Praxis vieler russischer Konzerne kritisiert, sich in Steueroasen registrieren zu lassen und ihre Geschäfte *offshore* abzuwickeln. Der Präsident hatte eine Politik der *deoffshorisazija* gefordert, die Rückholung russischer Unternehmen und russischen Kapitals ins eigene Land. Ein Jahr später musste Putin eingestehen, dass in der Zwischenzeit nichts geschehen sei: 2013 wurde ein Fünftel des russischen Exports über *off shores* getätigt, und die Hälfte der russischen Aus-

landsinvestitionen gingen in den *offshore*-Bereich. Der Präsident beklagte auch, dass beim Kauf der Holding TNK-BP durch den russischen Staatskonzern *Rosneft* ein Teil des Geschäfts außerhalb der russischen Jurisdiktion abgewickelt worden sei. Was um so erstaunlicher erschien, als der Vorstandsvorsitzende von *Rosneft*, Igor Setschin, ein enger Weggefährte des Präsidenten, offenbar nicht geneigt war, geschäftliche Vorteile der Staatsräson zu opfern. Zur Durchsetzung der *deffschorisazija* schlug Putin nun tatsächlich konkrete steuerrechtliche und kreditpolitische Schritte vor. Aber er ging noch weiter: er hielt Medwedews Regierung vor, nicht in der Lage zu sein, die Staatsunternehmen zu kontrollieren: »Ich lege der Regierung nahe, dass sie die Prinzipien ihrer Arbeit grundsätzlich ändert, es darf keine Zonen »korporativer Gemütlichkeit« geben.«

Auch im Wirtschaftsbereich hatte die »Botschaft« wenig Positives zu vermelden. Die Entwicklung stagniert, die Effizienz blieb gering, staatliche Maßnahmen haben nicht gegriffen.

Kein Anspruch auf den Supermachtstatus

Der außen- und sicherheitspolitische Teil der »Botschaft« war – wie schon in den Jahren zuvor – knapp gehalten.

Putin leitete ihn mit einer defensiven Erklärung ein: Russland wolle nicht als »Supermacht« auftreten. Vielmehr strebe es eine Führungsrolle an, indem es das Völkerrecht verteidige und sich für Respektierung der nationalen Souveränität, Selbständigkeit und Eigenart einsetze. Damit wandte sich Putin implizit gegen die USA und der EU, die sich in ihrer Außenpolitik gern auf Menschenrechte und gemeinsame Werte beriefen – und diese, so das russische Verständnis, anderen Gesellschaften aufdrängten. Traditionelle Werte und kulturelle Unterschiede gingen damit verloren, die Unterscheidung zwischen »Gut« und »Böse« werde aufgehoben.

Russland wende sich, so Putin, gegen die Zerstörung traditioneller Werte »von oben«, die nicht nur negative Folgen für die Gesellschaften habe, sondern zutiefst »antidemokratisch« sei. Dieser Erosion der Werte stelle Putin die russische Position gegenüber, die die geistige, moralische Grundlage der Zivilisation schütze: die Werte der traditionellen Familie, das echte menschliche Leben, die Religion, den Humanismus und die Vielgestaltigkeit der Welt. Versuche, anderen Staaten »ein progressiveres Entwicklungsmodell« aufzuzwingen, erklärte der Präsident, hätten in den letzten Jahren mehrfach zu Barbarei und Blutvergießen geführt.

Mit dieser Argumentation entwickelt er eine Verteidigungslinie gegen jegliche Kritik aus dem Ausland, die sich gegen Menschenrechtsverletzungen, Wahlfälschung und mangelnde Rechtsstaatlichkeit in Russland wendet. Dennoch ist verblüffend ist, dass diese Passage

im Kapitel über Außenpolitik auftaucht, nicht in den Abschnitten, die sich mit der inneren Entwicklung oder mit Bildungs- und Kulturpolitik befassen. Geht man vom Inhalt der »Botschaft« aus, dann scheint es fast, dass der Bezug auf traditionelle Werte für die Putin-Administration vor allem eine außenpolitische Funktion hat, während sie innenpolitisch darauf setzt, den sozialen Frieden durch Zuwendungen an die Bevölkerung zu sichern, durch die Hebung des Lebensstandards und die Verbesserung sozialer Leistungen.

Zog Putin in der Wertefrage eine klare Linie zwischen Russland und »dem Westen« (den er aber nicht benannte), so blieb er in konkreten politischen Fragen sehr zurückhaltend. Gewiss, er lobte die russischen Außenpolitik, die in den Fällen Syrien und Iran eine wichtige Rolle gespielt habe, doch im Falle des akuten Konflikts mit der EU über die Ukraine, argumentierte Putin ausgesprochen defensiv. Er bot »unseren europäischen Freunden« sogar Gespräche über die Zusammenarbeit zwischen EU und Eurasischer Union an. Diese leise Sprache kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die russische Führung in der Praxis massiv auf die ukrainische Regierung einzuwirken sucht, doch sie zeigt auch, dass die Putin-Administration nicht gewillt ist, die Brücken zu den EU-Staaten abzurechnen. Sie verfolgt ihr Integrationsprojekt, das auf die Absicherung der eigenen Interessensphäre abzielt, doch sie will gesprächsfähig bleiben.

Allerdings gesprächsfähig von einer sicheren Position aus. Denn der Ausbau der Streitkräfte und eine enorme Ausweitung des Rüstungskomplexes sollten der Modernisierung von Armee, Luftstreitkräften und Flotte dienen, und damit Schutz gegen Bedrohungen von außen bieten. Gleichzeitig schaffe diese Initiative auch neue Arbeitsplätze. Zwei Millionen Personen seien nach Putins Angaben im Rüstungssektor tätig und das Beschaffungsprogramm, sollte auf Jahre hinaus die Beschäftigung hochqualifizierter Arbeitskräfte sichern.

Die Rückkehr der Nüchternheit

Putins diesjährige »Botschaft an die Föderalversammlung« hinterläs einen zwiespältigen Eindruck. Sie ist gewiss kein großer Wurf, sie entwickelt keine politischen Perspektiven für das nächste Jahrzehnt. Sie arbeitet sich an vielen Einzelproblemen ab, die sie nüchtern analysiert und für die sie mitunter auch Lösungsvorschläge macht. Nüchternheit ist vielleicht das angemessene Stichwort. Nach der mit patriotischer Rhetorik gesättigten Rede im Dezember 2012 scheint der Präsident nun wieder auf dem Boden der Tatsachen angekommen. Man kann über Russlands historische Größe schwadronieren, doch wenn Investitionen durch bürokratische Verfahren, deren Hauptzweck es ist, einige

Beamte zu bereichern, verhindert werden, klingen die patriotischen Phrasen hohl. Insofern unterscheidet sich die »Botschaft« 2013 deutlich von der 2012: Es gibt weniger nationale Parolen, stattdessen werden Probleme offen benannt. Man hat den Eindruck, Putin hat seinen Redenschreiber gewechselt.

In der Nüchternheit der Analyse werden auch die politischen Schwächen der Putin-Administration deutlich:

- Trotz aller außenpolitischer Erfolge fühlt sich die russische Führung offenbar immer noch in der Defensive. Das Plädoyer für traditionelle Werte zeigt, wie belastend die Kritik von außen empfunden wird.
- Die Krise in der Ukraine wird nicht zum Streitfall zwischen Russland und EU stilisiert. Vage bietet man an, die Frage in einem kooperativen Kontext zu behandeln, allerdings mit dem offensichtlichen Ziel, die Idee der Eurasischen Union aufzuwerten.
- Es ist keine Wirtschaftsstrategie erkennbar. Die Wachstumsschwäche wird beklagt, aber eine Politik, die sie überwindet nicht umrissen. Auch Schritte zur Überwindung der Abhängigkeit von Energieexporten werden nicht genannt. Eine Innovationsstrategie ist nicht greifbar.
- Es wird allerdings offenbar angestrebt, die Rüstungsindustrie massiv auszubauen, und weiter als großer Rüstungsexporteur zu agieren. Es ist bekannt, dass der Stellvertretende Ministerpräsident Rogosin das für eine Innovationsstrategie hält. Putin hat es in seiner Rede nicht unterstellt.
- Die »Botschaft« macht deutlich, dass dem Regime eine plausible Strategie zur Konsolidierung des politischen Systems fehlt. Das Parlament nimmt seine Funktion als Bürgervertretung nicht wahr; der Ver-

such, über Gesellschaftskammer und diverse Räte einen Ersatz zu schaffen, zeitigen keine erkennbaren Erfolge.

- Ein Alarmsignal sind die interethnischen Konflikte, in denen sich soziale Probleme, alltäglicher Rassismus und Misstrauen gegenüber der Regierung vermischen. Putins Ausführungen zeigen, dass die Administration keine Vorstellung hat, wie man dieses Problem politisch angehen kann.

Der Präsident hat mit den Problemen nicht hinter dem Berg gehalten. Er geht aber noch weiter – er offenbart, dass die Führung in vielen Fällen nicht die Kraft hat, gefällte Entscheidungen zu realisieren:

- So wurden die Mai-Erlassen von Regierung und Verwaltung nicht umgesetzt.
- Auch die Politik der *deoffshorisazija* war ein Fehlschlag, in Laufe eines Jahres gab es keinen Fortschritt. Wenn allerdings der Erste Stellvertretende Ministerpräsident Igor Schuwalow über ein ausgedehntes *offshore*-Imperium verfügt, das seiner Frau gehört, dann ist die Frage berechtigt, ob die Eliten überhaupt interessiert sind, die Vorgaben des Präsidenten zu erfüllen.

In solchen Punkten zeigen sich die schwachen Managementfähigkeiten der Putin-Administration. Ob es eher daran liegt, dass der Präsident unerfüllbare Vorgaben formuliert, oder daran, dass der Apparat eigene Interessen verfolgt und die Vorgaben von oben ignoriert, ist schwer zu beurteilen. In jedem Fall erweckt die diesjährige »Botschaft an die Präsidialversammlung« nicht den Eindruck, dass Putin über eine konzise Politik für die nächsten Jahre verfügt, geschweige denn über einen Apparat, der die politischen Vorgaben umsetzen würde.

Über den Autor

Hans-Henning Schröder lehrt am Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin regionale Politikanalyse mit dem Schwerpunkt Osteuropa.

Lesetipps

Presidential Address to the Federal Assembly: December 12, 2013, 13:15 The Kremlin, Moscow <<http://eng.kremlin.ru/news/6402>>

Rahmendaten der »Botschaften an die Föderalversammlung« 2000–2013

Tabelle 1: Rahmendaten der »Botschaften an die Föderalversammlung« 2000–2013
(2000–2007 Putin; 2008–2011 Medwedew, 2012–2013 Putin)

	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

Quelle: <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>, 6.11.2008>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>, 13.11.2009>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>, 1.12.2010>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061>, 23.12.2011>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>, 13.12.2012>; <http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAILY/2013/230/_2013d230-01-01.jpg, 17.12.2013>.

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörter in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation
2004–2013

	Putin		Medwedew				Putin			
	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
<i>Zahl der Wörter</i>	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207
muss	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60
wir	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32
Jahr	64	81	65	85	78	51	99	71	46	25
notwendig	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58
Russland	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95
Entwicklung	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30
Staat	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32
Gesellschaft	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19
Wirtschaft	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47
es wird ...	21	25	22	13	28	52	16	9	18	15
Bildung	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24
Technologie	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1
Wohnen	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15
Gesetz	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Häufigkeit von Schlüsselwörter in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2004–2013 (Fortsetzung)

	Putin		Medwedew				Putin			
	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004
sozial	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18
Schule	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2
ich	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5
Mensch	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7
Militär	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10
Wissenschaft	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4
ich schlage vor ...	11	4	5	3	5	12	11	10	2	0
Politik	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12
Werte	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3
Kinder	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4
Familie	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3
Vergangenheit	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5
Reformen	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7
war	4	33	19	15	26	16	23	22	21	6
Freiheit	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9
Korruption	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1
Zukunft	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3
Demographie	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1
Vaterland	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6
Sitte, Moral	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1
Innovation	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0
Armee	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6
Ergebnisse	2	2	5	1	0	3	3	0	0	1
Demokratie	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8
Krise	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1
Modernisierung	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8
Rente	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1
Patriot	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0
Moral	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0
Wohnung	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3
Kleinkind	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0
»Beamte«	0	6	2	2	1	2	0	2	5	0
Bürokratie	0	1	2	0	1	3	1	2	5	0
Identität	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0

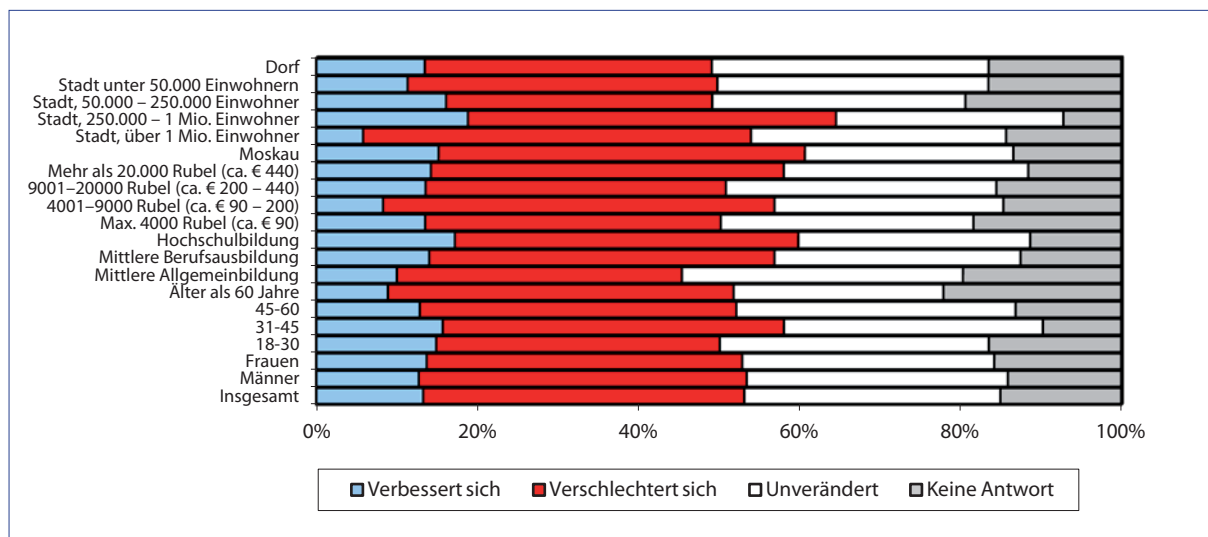
Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13.12.2012, 13.11.2009, 27.4.2007 und 11.5.2006 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>> und eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

UMFRAGE

Die Situation in Russland in aktuellen Umfragen

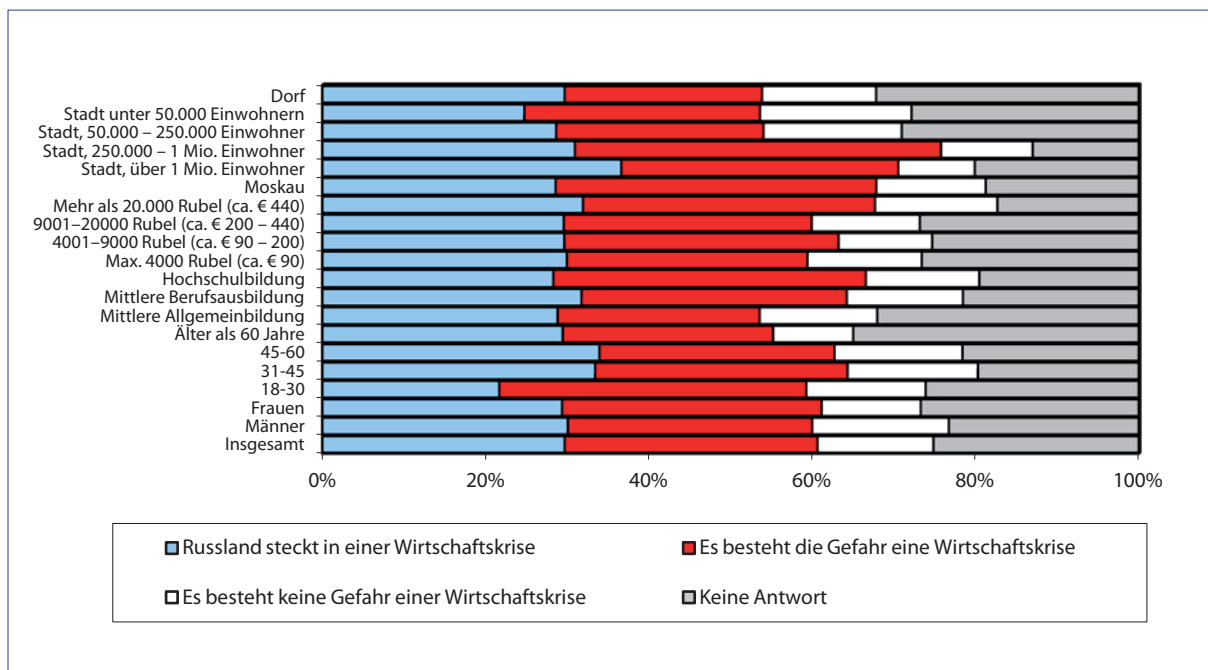
Die Wahrnehmung der Wirtschaftslage

Grafik 1: Hat sich die wirtschaftliche Lage in letzter Zeit verändert? Wenn ja, zum Besseren oder zum Schlechteren?



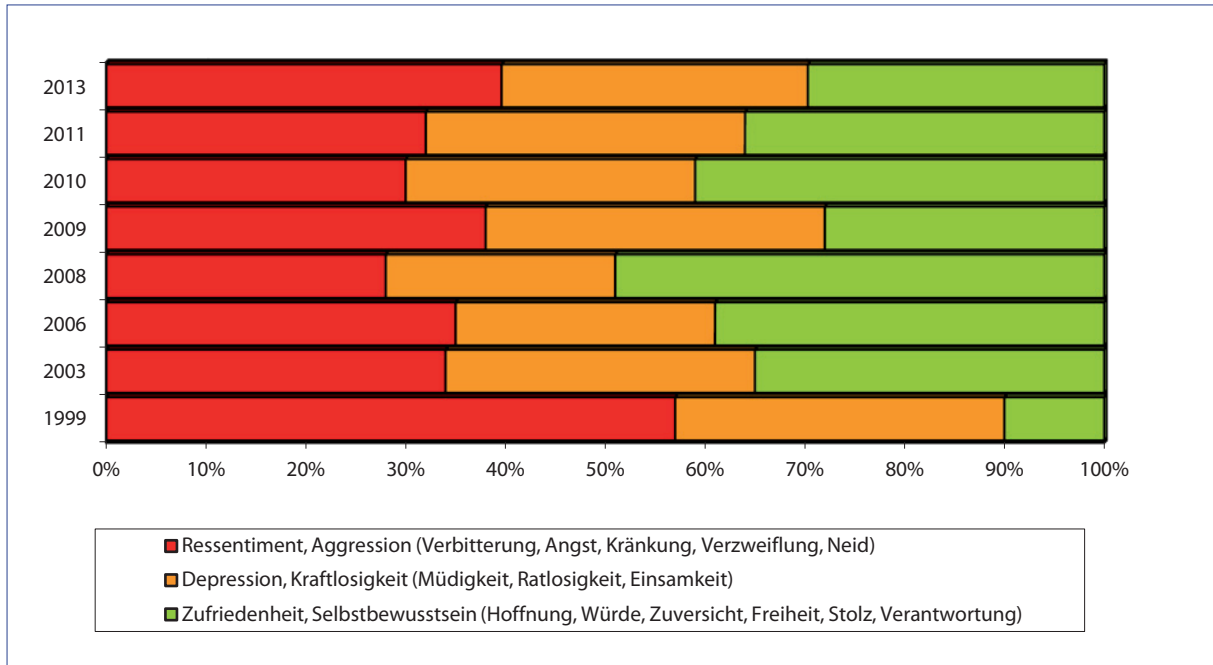
Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 5.–6. Oktober 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 14. Oktober 2013 unter: <<http://fom.ru/Ekonomika/11128>>

Grafik 2: Steckt Russland gegenwärtig in einer Wirtschaftskrise? Wenn nicht, besteht in naher Zukunft die Gefahr einer Wirtschaftskrise?



Quelle: Umfragen der Stiftung Öffentliche Meinung vom 5.–6. Oktober 2013, N = 1500. Veröffentlicht am 14. Oktober 2013 unter: <<http://fom.ru/Ekonomika/11128>>

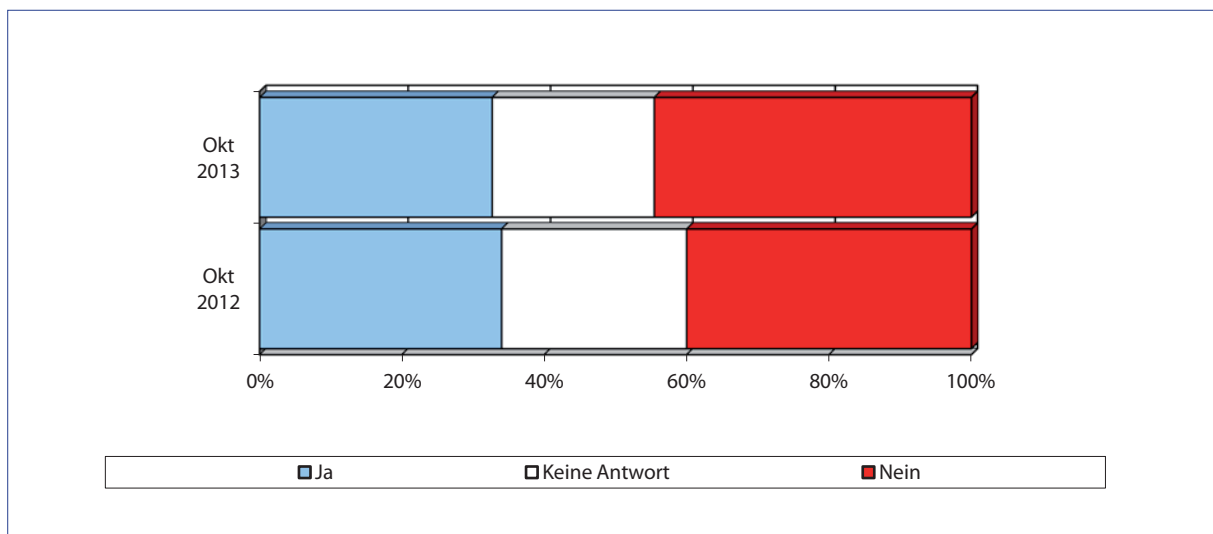
Grafik 3: Welche Gefühle haben sich in den vergangenen Jahren bei den Menschen ihrer Umgebung gezeigt (in % derer, die eine aussagekräftige Antwort gaben)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. November 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 11. Dezember 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/11-12-2013/sotsialnoe-samochuvstvie-rossiyan>>

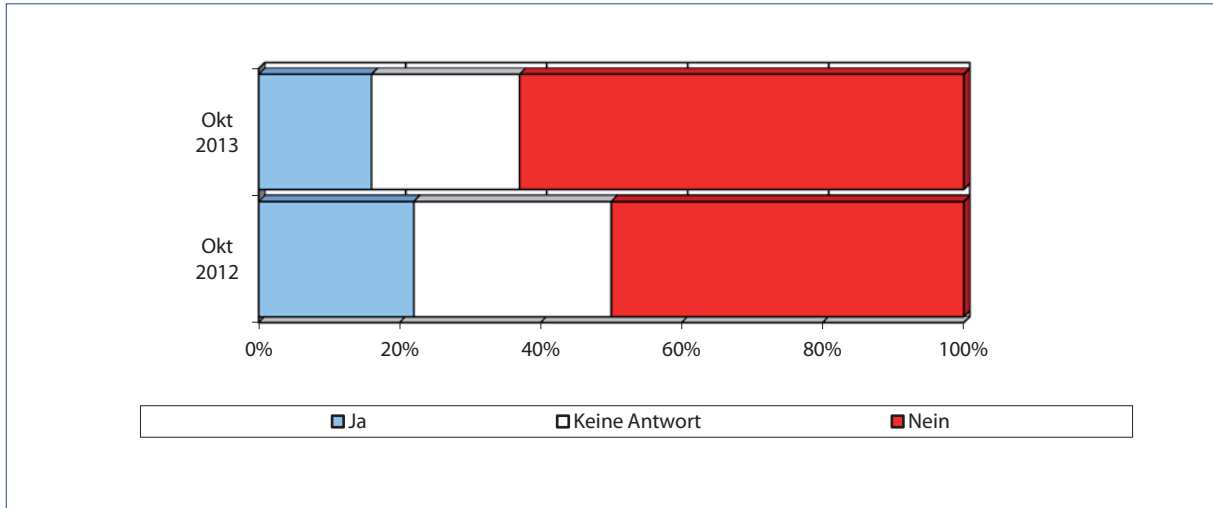
Machtwechsel und mögliche Präsidenten

Grafik 4: Wollen Sie Präsident Putin nach dem Ende seiner aktuellen Amtszeit im Jahr 2018 weiter im Amt des russischen Präsidenten sehen?



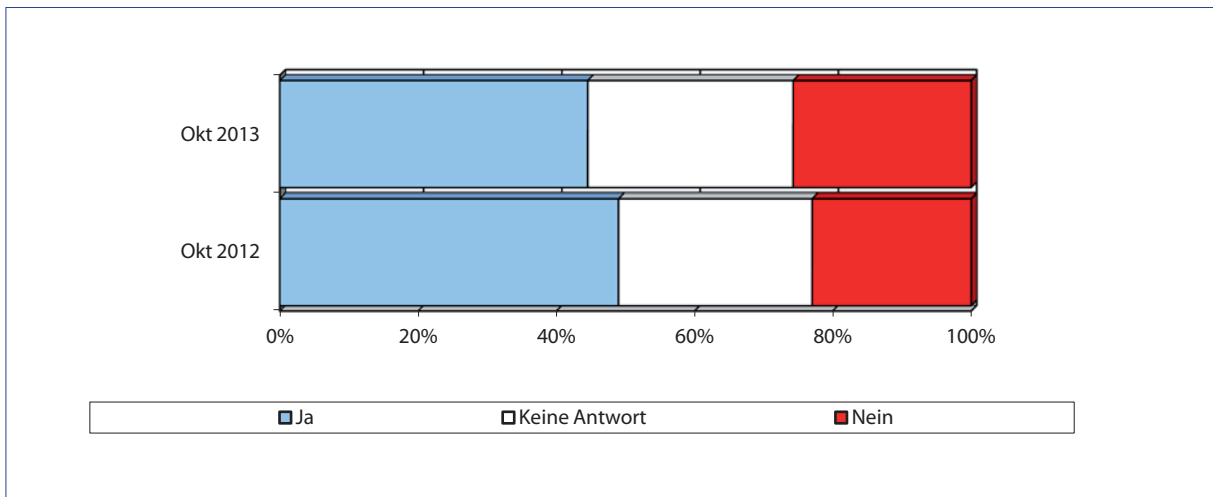
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 6. Dezember 2013, unter: <<http://www.levada.ru/print/06-12-2013/smena-vlasti-i-novyi-lider-v-predstavleniyakh-rossiyan>>

Grafik 5: Wollen Sie Ministerpräsident Dmitrij Medwedew nach Ende der Amtszeit Wladimir Putins im Jahr 2018 im Amt des russischen Präsidenten sehen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 6. Dezember 2013, unter: <http://www.levada.ru/print/06-12-2013/smena-vlasti-i-novyi-lider-v-predstavleniyakh-rossiyan>

Grafik 6: Könnte Ihrer Meinung nach in Russland bis 2018 eine neue Führungsperson hervortreten, die fähig wäre, Wladimir Putin nach Ende seiner aktuellen Amtszeit als russischer Präsident zu ersetzen?

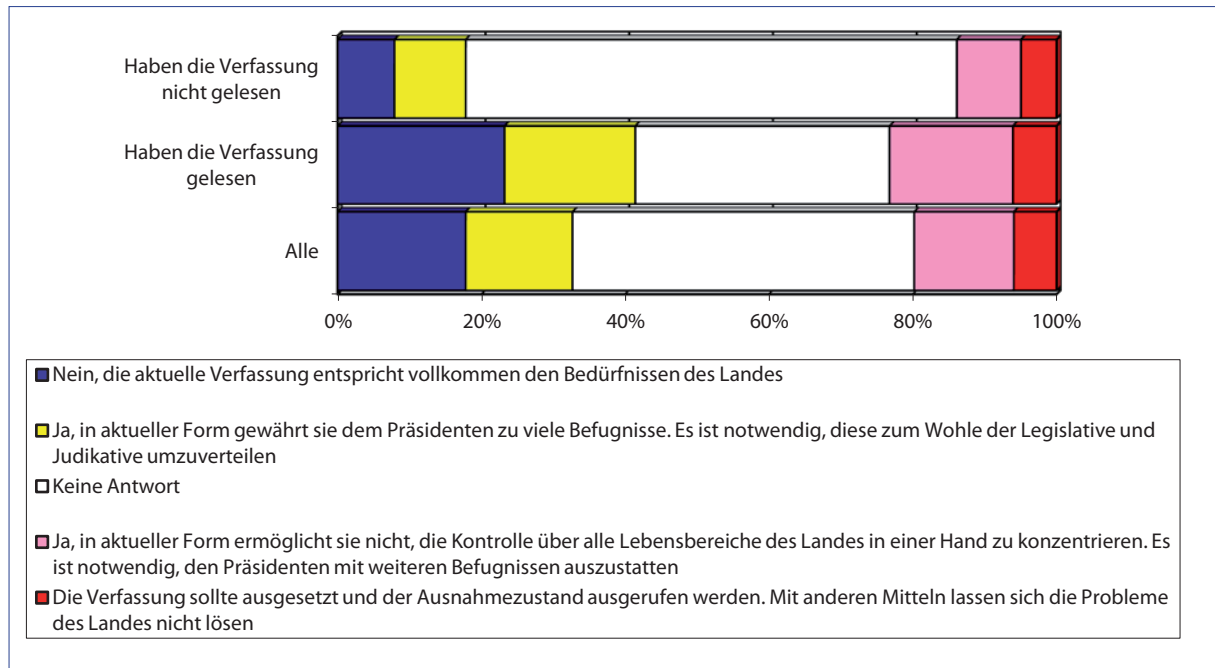


Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 25.–28. Oktober 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 6. Dezember 2013, unter: <http://www.levada.ru/print/06-12-2013/smena-vlasti-i-novyi-lider-v-predstavleniyakh-rossiyan>

Die russische Verfassung in Umfragen

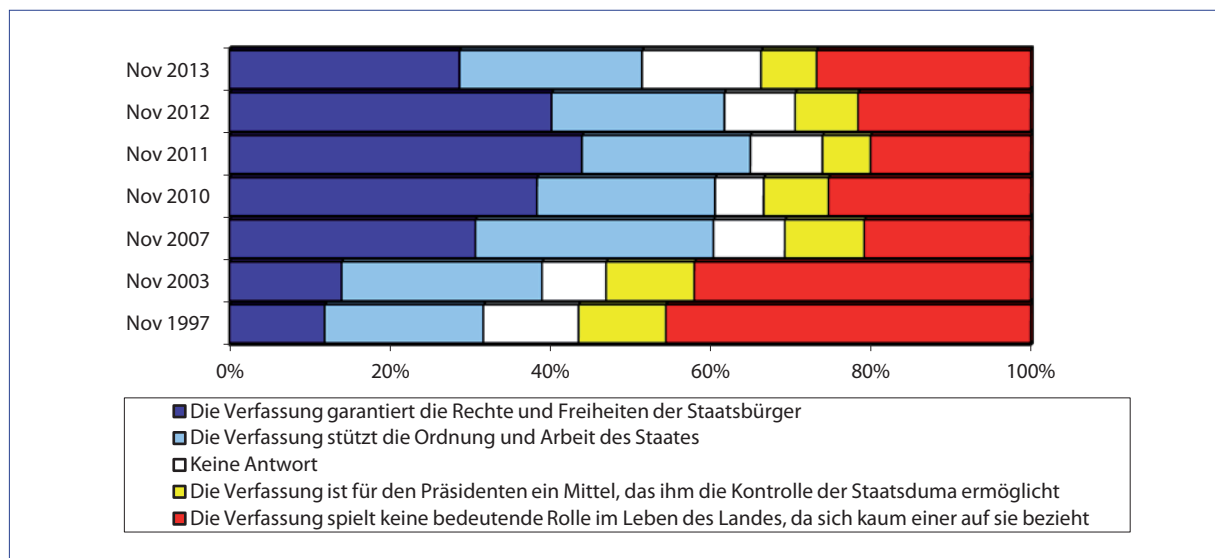
Umfrage des Lewada-Zentrums

Grafik 7: Stimmen Sie mit denen überein, die Veränderungen in der russischen Verfassung als längst überfällig bezeichnen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–18. November 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 10. Dezember 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/10-12-2013/rossiyane-o-konstitutsii>>

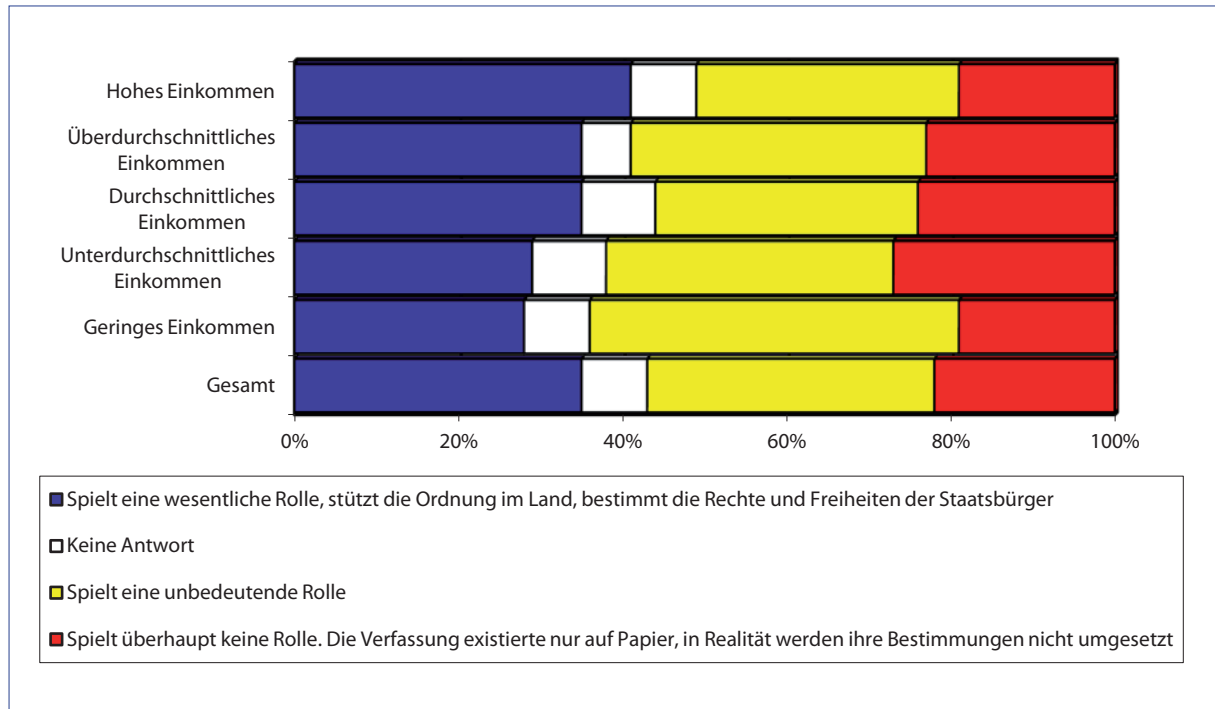
Grafik 8: Mit welcher der folgenden Meinungen zur Rolle der Verfassung im Leben des Landes stimmen Sie am ehesten überein?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 14.–18. November 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 10. Dezember 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/10-12-2013/rossiyane-o-konstitutsii>>

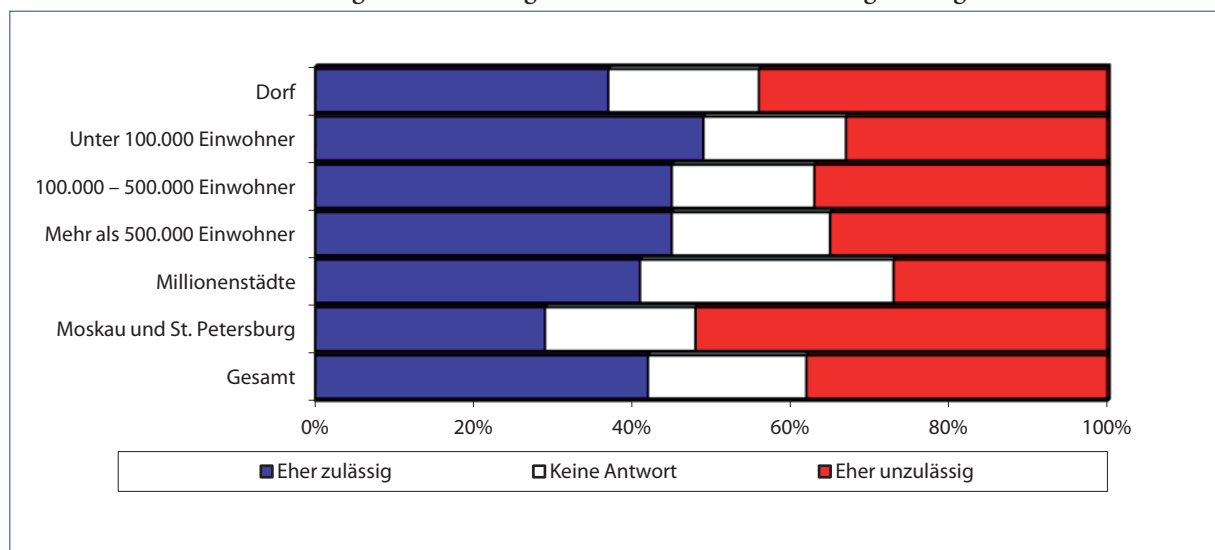
Umfragen des WZIOM

Grafik 9: Welche Rolle spielt die Verfassung heute im Leben Russlands?



Quelle: Umfragen des WZOIM vom 30. November bis 1. Dezember 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114640>

Grafik 10: Sind Ihrer Meinung nach Änderungen an der russischen Verfassung zulässig?



Quelle: Umfragen des WZOIM vom 30. November bis 1. Dezember 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 12. Dezember 2013 unter: <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114640>

Zur Diskussion gestellt

Dmitrij Trenin, der Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums und einer der führenden außen- und sicherheitspolitischen Experten in Russland, hat am Vorabend der Regierungsbildung in Berlin die deutsch-russischen Beziehungen analysiert und Vorschläge für eine neue deutsche Russland-Politik formuliert. Die Russland-Analysen drucken seinen Beitrag in Übersetzung nach. Das Thema, das Dmitrij Trenin behandelt, wird uns auch im nächsten Jahr beschäftigen.

Die Redaktion

Deutschland braucht eine neue Russland-Politik

Dmitrij Trenin, Moskau

Thesen

- Deutschland trägt bei der Ausarbeitung und Umsetzung des politischen Kurses der Europäischen Union gegenüber Russland die größte Verantwortung. Berlin muss sich dieser Verantwortung bewusst werden und eine Führungsrolle übernehmen.
- Eine neue Politik gegenüber Moskau muss auf den Prinzipien aufgebaut sein, von denen sich Deutschland lenken lässt sowie auf einer realistischen Einschätzung Russlands. Die Prinzipien bieten Orientierungspunkte dafür, welche Schritte Deutschland gegenüber Russland unternehmen sollte und welche nicht; die Einschätzung Russlands liefert der deutschen Führung eine Vorstellung davon, was Russland ist und was es nicht ist, und von der Richtung, in der es sich bewegt.
- Der Kurs Deutschlands (und der EU) gegenüber Russlands muss direkt auf die eigenen Interessen des Landes und der Union sowie auf ihre praktischen Bedürfnisse gegründet sein. Sie sollten nicht durch Vorstellungen bestimmt werden, was gut oder schlecht für die Bevölkerung Russlands sei; es sollte ein »Sicherheitsabstand« von den innenpolitischen Prozessen in Russland gewahrt werden.
- Wenn nötig, sollten Deutschland und die EU von Russland eine Einhaltung der von russischer Seite offiziell eingegangenen Verpflichtungen fordern, insbesondere auf dem Gebiet der Menschenrechte, doch sollten dabei die Einwände und die Kritik Russlands zu einer Reihe von Bereichen konstruktiv wahrgenommen werden.
- Der Ausbau beiderseits einträglicher Geschäftsbeziehungen zu Russland ist nicht nur wirtschaftlich sinnvoll, doch sollten Deutschland und die anderen Ländern nicht denken, dass »der Kapitalismus alle Probleme löst« und Russland »zu einem Land ganz wie das ihrige« macht.
- Deutschland sollte zweifellos in Bezug auf das Problem der grenzüberschreitenden Kriminalität und der illegalen Migration aus dem Osten wachsam sein, doch ist ein Ausbau von individuellen Kontakten zu einfachen Russen der beste Weg, eine soziale Kompatibilität zwischen Russland und dem übrigen Europa zu erreichen; zudem ist es das stärkste Instrument zur Einflussnahme, das der EU zur Verfügung steht.
- Berlin sollte die Bemühungen zum Ausbau der de facto zwischen Deutschland und Russland bestehenden Sicherheitspartnerschaft anführen und auch deren Erweiterung auf die Ebene der gesamteuropäischen und euroatlantischen Region. Ein Erreichen dieses Ziels dürfte eine engere und wirksamere Zusammenarbeit Russlands und der EU bei außereuropäischen Sicherheitsfragen gewährleisten.
- Deutschland und die EU müssen sich in Bezug auf das Neue Osteuropa (besonders die Ukraine) klare politische Ziele setzen und eine langfristige Strategie entwickeln sowie diesen Kurs für Russland absolut transparent machen.
- Berlin und Brüssel müssen die Bemühungen Moskaus zur eurasischen Wirtschaftsintegration sowie zur Koordinierung des Vorgehens im Sicherheitsbereich als legitime Politik betrachten, die eine stabilisierende Rolle spielt – falls diese Integration und Koordinierung freiwillig erfolgen.
- Schließlich sollten die Deutschen aufmerksam die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Entwicklungen in Russland verfolgen und ihre Politik bei Bedarf daran anpassen. Die kommenden Jahre werden in Russland eine interessante Zeit, und die nächsten zwei Jahrzehnte werden für die zukünftige Entwicklung entscheidend sein.

Die derzeitige deutsche Russland-Politik

In letzter Zeit kranken die deutsch-russischen Beziehungen an einem ernstlichen Leiden. Der wichtigste Grund hierfür ist darin zu sehen, dass viele Vorstellungen und Erwartungen, auf die sich der deutsche Ansatz gegenüber Russland in den 1990er Jahren gegründet hatte, ihre Aktualität verloren haben. Unmittelbarer Auslöser hierfür war die Enttäuschung auf allen Ebenen der Politik in Deutschland durch Dmitrij Medwedew. Des-

sen Präsidentschaft von 2008 bis 2012 hatte große Hoffnungen geweckt, die dann durch den Wiedereinzug von Wladimir Putin in den Kreml grob zerstört wurden.

Die öffentliche Diskussion über Russland ist in Deutschland von Extremen geprägt. Einerseits wird behauptet, dass die Hauptinteressen Deutschlands in Russland wirtschaftlicher Art seien: In dem Land sind derzeit rund 6500 deutsche Firmen aktiv, und das bedeute erhebliche Gewinne. Oft wird mit diesem Argument Folgendes verstanden: In Deutschland dürfe nichts getan oder gesagt werden, was diese höchst einträglichen Wirtschaftsbeziehungen gefährden könnte. Angesichts des Gewichts, über das Deutschland in der EU verfügt, kommt eine solche Beschneidung der politischen Aufgaben einer Absage an eine der Schlüsselrollen Deutschlands auf der internationalen Bühne gleich, und mit Blick auf das derzeitige innenpolitische Klima in Deutschland ist der Ansatz eindeutig nicht tragbar.

Auf der anderen Seite gibt es die entgegengesetzte Tendenz, nämlich eine Konzentration auf einzelne aufsehenerregende Fälle im Zusammenhang der Menschenrechte, etwa das Gerichtsverfahren gegen »Pussy Riot«, das Verbot von Gay-Propaganda oder die Verhaftung der Greenpeace-Aktivisten in der Arktis. Die Vertreter dieser Haltung verlangen eine Verschärfung der Politik gegenüber Moskau, sind aber selbst nicht überzeugt, dass ein Druck dieser Art etwas bewirkt. Das läuft ebenfalls auf eine Verweigerung von Verantwortung hinaus und lässt Kritiker behaupten, das alles werde nur »für den inneren Gebrauch« gesagt, stehe aber in keinem besonderen Zusammenhang zur eigentlichen Russlandpolitik.

Die Position der Bundesregierung liegt irgendwo dazwischen, obwohl sie öffentlich eine harte Position zeigt. Das persönliche Verhältnis von Bundeskanzlerin Angela Merkel und Präsident Wladimir Putin ist nicht schlecht, aber auch nicht eng. Das Bundeskanzleramt handelt mit Rücksicht auf die innenpolitische Situation in Deutschland, angesichts derer es lohnender ist, Moskau zu kritisieren. Gleichzeitig entwickelt das Auswärtige Amt die seit der Wiedervereinigung Deutschlands bestehenden »besonderen Beziehungen« weiter. Die Kanzlerpartei CDU hat in letzter Zeit eine kritischere Haltung gegenüber Russland eingenommen, während ihre Koalitionspartner, die Sozialdemokraten, sich in der Regel gegen Vorhaltungen an die Adresse Russlands wenden.

Eine solche Balancierung mag wohl innenpolitisch zweckdienlich sein, doch ist das Fehlen klarer politischer Ziele beim größten Staat der EU keineswegs einer größeren Geschlossenheit und Stärkung der Union dienlich. Es ist an der Zeit, dass Deutschland gegenüber Russland einen politischen Kurs entwickelt, der den Realitäten des 21. Jahrhunderts Rechnung trägt, und dabei die anderen EU-Staaten hinter sich vereint.

Deutschland kann sich da durchaus auf einiges stützen. Vor fünfzig Jahren traten Egon Bahr und Willy in der Evangelischen Akademie Tutzing für »Wandel durch Annäherung« ein, für einen neuen politischen Kurs gegenüber dem Osten des Kontinents, der damals unter sowjetischer Hegemonie stand. Sechs Jahre später, unter Brandt als Kanzler, war die »neue Ostpolitik« der offizielle Kurs des Landes. Das führte zu einer Anerkennung der Realitäten, die sich nach dem Zweiten Weltkrieg ergeben hatten, und zum Entstehen eines Vertrags- und Austauschsystems, das letztendlich mit zum Ende des Kalten Krieges und zur Überwindung der Teilung Deutschlands beitrug. Vom »Wandel« bis zur »Wende«, wie die Deutschen den Fall der Berliner Mauer nennen, vergingen lediglich 25 Jahre. Nun, ein Vierteljahrhundert nach der Wiedervereinigung Deutschlands, wird ein weiterer Neustart gebraucht, hinter dem eine ebenso kühne Idee steht.

Das Ziel, das Berlin sich setzen sollte, ist nicht die Unterstützung für den Aufbau einer Demokratie in Russland – das ist Sache des Volkes in Russland selbst – sondern die Herstellung einer größeren Kompatibilität zwischen Russland und Europäischer Union. Eine solche Kompatibilität gründet sich vor allem auf der Stärkung der Kontakte zwischen einfachen Leuten, den fachlichen und beruflichen Communities sowie Vertretern der Zivilgesellschaft und zeigt sich letztendlich in den Standards der sozialen und politischen Praxis. Kompatibilität meint keine Uniformität oder Übernahme aller EU-Normen durch Russland. Russland und die Europäische Union blieben getrennte Gebilde, doch würden sich die Beziehungen auf Zusammenarbeit und Koordinierung des Handelns gründen.

Eine Kompatibilität von EU und Russland bedeutet kein Ende von Meinungsverschiedenheiten und schließt Konflikte nicht aus, aber es würde zu einer Garantie dafür, dass diese Konflikte – falls sie entstehen – friedlichen Charakters wären, dass das Handeln aller Seiten transparent und berechenbar wären, dass sich ein tieferes Verständnis für den Partner einstellte, welches Fehler durch falsche Vorstellungen und Fehleinschätzungen vermeiden hilft.

Empfehlungen

Begonnen werden muss, wie bisher, mit der Anerkennung der bestehenden Realitäten. Russland ist und wird in absehbarer Zukunft kein zweites Polen (ein Mitglied der EU) oder eine zweite Ukraine (die eine assoziierte EU-Mitgliedschaft anstrebt). Ein anderes Russland, das hinter den Kulissen wartet und das derzeitige ablösen würde, existiert nicht. Russland wird so lang kein demokratischer Staat werden, wie rechtsstaatliche Prinzipien in ihm nicht Fuß fassen, wofür wiederum der Wandel zu einer »politischen Nation« Voraussetzung ist. Russland wird nicht in die Europäische Union eintreten und

wünscht keine assoziierten Beziehungen. Die inneren Wandlungsprozesse in Russland werden wegen seiner Geschichte, seiner demographischen Spezifika und seiner Ambitionen mehr Zeit benötigen, als in den ehemaligen Satellitenstaaten oder den Provinzen der UdSSR.

Ebenso wäre es absolut falsch, Russland zu dämonisieren: Das könnte zum gegenteiligen Ergebnis führen. Putin ist nicht der »weichgespülter Stalin«, als der er manchmal dargestellt wird, und die eurasische Integration wird keine »zweite Auflage« der UdSSR oder des Russischen Reiches. Für die EU als Ganzes oder einzelne ihrer Mitglieder stellt Russland keine Bedrohung dar und wird auch keine darstellen. Russland wird gleichwohl auf der internationalen Bühne ein unabhängiger Akteur sein, der von einer eigenen Weltsicht und seinen nationalen Interessen geleitet wird. Angesichts all dieser Umstände sollte es ein realistisches Ziel deutscher Russland-Politik sein, eine Kompatibilität zwischen der EU und dem Land herzustellen.

Ein Umbau der Russland-Politik Deutschlands ist besser als alles einfach so zu belassen und mit der Strömung zu schwimmen. Der Sog, der bereits eingesetzt hat, hat bereits dazu geführt, dass in der deutschen Öffentlichkeit und der deutschen Politik eine überaus finstere Vorstellung von Russland entstanden ist, die Russland keineswegs als würdigen Partner Deutschlands erscheinen lässt. Die besonderen Beziehungen, die mehr als nur ein Jahrzehnt zwischen Berlin und Moskau bestehen (bereits vor und insbesondere nach der Wiedervereinigung Deutschlands), haben auf deutscher Seite eine erhebliche Erosion erfahren. Wenn sich der Sog fortsetzt, besteht die Gefahr, dass eine solche Erosion auch auf der Seite Russlands erfolgt. Dadurch könnte eine Bindung zwischen Russland und Deutschland zerfallen, die als wichtiger Rückhalt für Stabilität und Zusammenarbeit in Europa dient; die internationalen Folgen wären höchst ernst.

Russlands innere Evolution hat zweifellos Einfluss auf die deutsch-russischen Beziehungen, man darf die letzteren aber nicht allein auf diese Entwicklung zurückzuführen. Deutschland sollte nicht versuchen, für das Volk in Russland zu entscheiden, was für dieses gut ist – das müssen die Menschen in Russland selbst verstehen. Berlin sollte sich etwas anderes bewusst machen: Als Unbeteiligter eine direkte politische Rolle in Russland zu spielen, wäre – wie in den meisten anderen Ländern – bestenfalls ohne Bedeutung und schlimmstenfalls kontraproduktiv. Mit einem Niedergang des Autoritarismus in Russland werden neue Akteure auf der politischen Bühne erscheinen, und Deutschland sollte bereit sein, unabhängig von den eigenen Präferenzen mit allen ernstzunehmenden Akteuren zusammenzuarbeiten. Der politische Kurs Deutschlands sollte einen Dialog mit allen gesellschaftlichen Kräften vorsehen – mit Konservativen,

Liberalen, Linken. Kompatibilität ist nicht mit Identität gleichzusetzen, verlangt aber eine Gemeinsamkeit der Ansichten (im weiten Sinne) zu einigen grundlegenden Werten, Normen und Prinzipien.

Ein radikaler Ansatz nach dem Prinzip »Werte vor allem« verschafft moralische Befriedigung und ist bisweilen kurzfristig von politischem Nutzen, ansonsten aber für gewöhnlich fruchtlos. Andererseits führt ein völlig prinzipienfreier, von Werteaspekten bereinigter Ansatz zu moralischer Erosion. Politik, auch internationale Politik, ist immer die Kunst des Möglichen. Interessen sind nicht weniger wichtig als Werte, auch wenn erstere an letztere gebunden sind. Deutschland sollte – sich auf die eigenen Interessen und die der EU (Sicherheit, wirtschaftlicher Austausch, Kompatibilität der Gesellschaften) konzentrierend – auf der festen Basis seiner Normen und Prinzipien handeln. Die Russland-Politik darf nicht zur Geisel irgendwelcher wie auch immer gearteten wirtschaftlichen Gruppeninteressen Deutschlands, ideologischer Radikaler oder ehemaliger Opfer der UdSSR unter den EU-Mitgliedern werden.

Die Gesellschaft in Russland befindet sich natürlich heute in einem anderen Entwicklungsstadium als die Gesellschaft in Deutschland und letzteres verlangt von Russland zu Recht die Erfüllung der in unterschiedlichen (von Berlin und Moskau unterzeichneten) internationalen Abkommen eingegangenen Verpflichtungen. Zwischen Menschenrechten und Demokratie besteht jedoch ein Unterschied: Demokratie ist eine Frage von nationaler Dimension, während Menschenrechte die gesamte Menschheit betreffen, insbesondere, wenn sie in internationalen Rechtsdokumenten verankert sind. Gleichzeitig muss Deutschland bereit sein, auch mit Kritik aus Russland an der eigenen Politik umzugehen, insbesondere mit Vorwürfen über doppelte Standards.

Die ausgedehnte Aktivität deutscher Unternehmen in Russland befördert zweifellos die technische Modernisierung des Landes, und mehr als das: Es hilft bei der Schaffung einer neuen Unternehmens- und Verwaltungskultur. Natürlich reichen unternehmerische Aktivität und die Übernahme fortschrittlicher Erfahrungen nicht aus, um das Land zu modernisieren. Es können damit jedoch auf beiden Seiten hinreichend starke Kräfte geschaffen werden, die an der Festigkeit der deutsch-russischen Verbindungen interessiert sind, damit die Beziehungen zwischen den beiden Ländern stabilisiert werden, falls es dort zu Unstimmigkeiten kommt. Der wichtigste Weg zur Erhöhung der wirtschaftlichen Kompatibilität zwischen Deutschland / der EU und Russland besteht in einem wechselseitig ausgeweiteten Zugang zu Märkten und Unternehmen. Diese materiellen Bindungen werden Europa außerhalb der EU zu mehr als nur einem geographischen Begriff machen. Das effektivste Instru-

ment zur Einflussnahme auf Russland ist für Deutschland seine »Soft power«. Um dieses Potential maximal einzusetzen, sollten die individuellen Kontakte zwischen Deutschen und einfachen Russen ausgeweitet werden. Eine völlige Aufhebung der Visumpflicht wird in der näheren Zukunft wohl kaum möglich sein, aber Reiseerleichterungen durch die Ausstellung von Mehrjahres- und Mehrfachvisa könnten einen beträchtlichen Schritt hin zu diesem Ziel bedeuten und dennoch gleichzeitig ein ausreichendes Niveau an innerer Sicherheit und Schutz vor Kriminalität gewährleisten.

Eine Demontage der »besonderen Beziehungen« zu Russland entspricht nicht den nationalen Interessen Deutschlands. Diese Beziehungen, die gegenwärtig eher von russischer Seite denn von deutscher gestützt werden, sind ein Anker für Frieden und Stabilität in ganz Europa. Die russisch-deutschen Beziehungen müssen als Grundlage für den Ausbau einer Sicherheitsgemeinschaft genutzt werden, die praktisch einen Ausschluss militärischer Gewalt aus dem Instrumentarium bilateraler Beziehungen bedeutet, eine Ausweitung auf alle Länder Europas und Nordamerikas (vor allem die Vereinigten Staaten), und auch auf jene Länder, die derzeit kein EU-Mitglied sind. Deutschland könnte sich an die Spitze eines Prozesses setzen, der zu einer inklusiven euro-atlantischen Sicherheitsgemeinschaft führt.

Was einige Länder des Neuen Osteuropa betrifft, die eine Integration in die EU anstreben (vor allem die Ukraine), sollte Deutschland eine klare politische Haltung gegenüber diesen Ländern und deren Perspektiven einer Annäherung an die EU ausarbeiten. Diese Politik muss auch für Russland transparent sein, und sie sollte eine enge Zusammenarbeit mit den Osteuro-

päern sowie einen ständigen Dialog mit Russland vorsehen, um keine fehlerhaften Vorstellungen zuzulassen und Krisen zu vermeiden. Die Beziehungen der EU zu Russland sind wichtig genug, um hier besondere Aufmerksamkeit und Weitsicht zu verlangen.

Deutschland beginge einen Fehler, wenn es den von Moskau initiierten eurasischen Integrationsprozess als etwas Bedrohliches und Destabilisierendes betrachten würde. Falls dieser Prozess freiwillig sind – und die gegenwärtigen Beziehungen Moskau, Minsk und Astana zeigen das –, entspricht er den wirtschaftlichen Interessen der beteiligten Länder und befördert zudem die Stabilität und Entwicklung in Zentral-Eurasien. Falls natürlich Russland versuchen sollte, anderen Ländern eine Integration gegen deren Willen aufzudrängen oder diese gar zu einem Beitritt zu seinem Integrationsprojekt zu zwingen, wäre das eine vollkommen andere Situation.

In den nächsten Jahren stehen Deutschland und der Europäischen Union wohl ernsthafte Veränderungen bevor, die eine Umgestaltung der EU und eine Korrektur der Rolle ihrer größten Mitgliedsstaaten mit sich bringen werden. Gleichzeitig werden in Russland Prozesse vor sich gehen, die den Charakter des wirtschaftlichen, politischen und sozialen Aufbaus des Landes im 21. Jahrhundert bestimmen werden. Deutschland wird an diesen Prozessen nicht unmittelbar beteiligt sein, doch sollte es sie aufmerksam und geduldig verfolgen, um aus der Distanz kommende Veränderungen zu erkennen und seine Politik entsprechend anzupassen. Das Verständnis Russlands ist der Schlüssel zu stabilem Frieden und Entwicklung in Europa.

Übersetzung: Hartmut Schröder

Dieser Artikel ist zuerst am 21. November 2013 in russischer und englischer Sprache beim Moscow Carnegie Centre erschienen; <<http://carnegie.ru/2013/11/21/new-russia-policy-for-germany/gub8>>

Über den Autor

Dr. Dmitrij Trenin ist Direktor des Moskauer Carnegie Zentrums und hat zahlreiche Arbeiten zur russischen Außen- und Sicherheitspolitik veröffentlicht.

Lesetipps

Arbeiten Trenins (Auswahl)

- Trenin, Dmitrij: Post-Imperium. A Eurasian Story, Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace 2011..
- Trenin, Dmitri: The End of Eurasia. Russia on the Border Between Geopolitics and Globalization, Moscow: Carnegie Moscow Center 2001.
- Trenin, Dmitri: Russland. Die gestrandete Weltmacht. Neue Strategien und die Wende zum Westen, Hamburg: Murmann 2005.

Weitere Artikel zu den deutsch-russischen Beziehungen

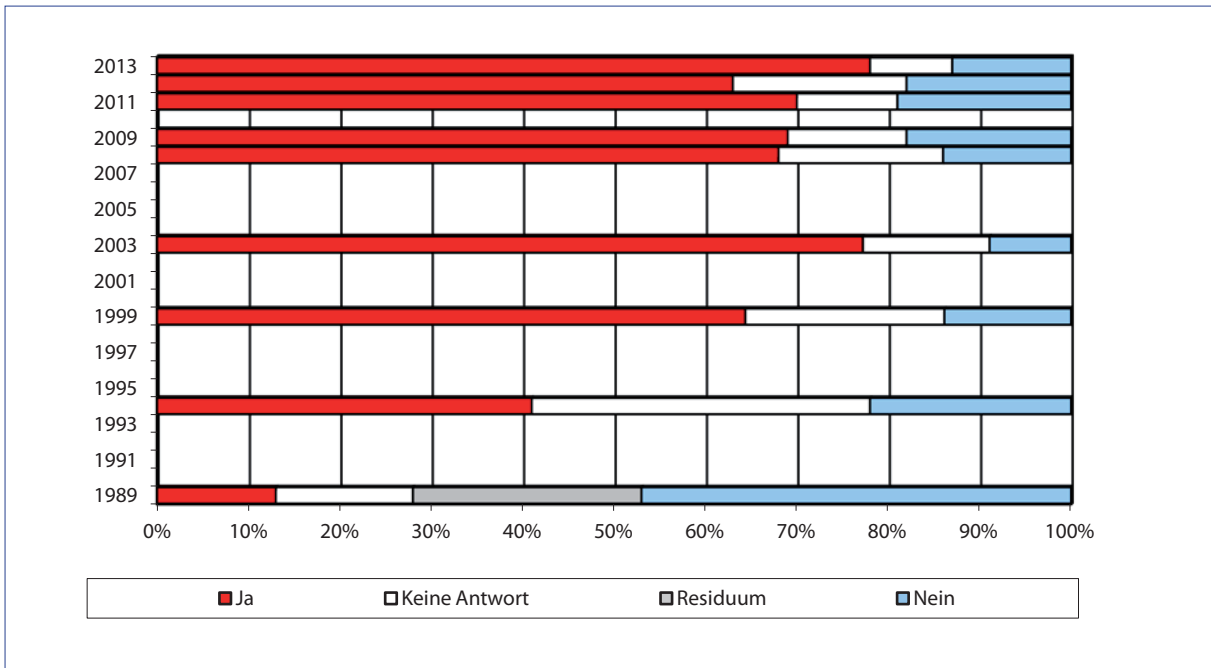
- Eichwede, Wolfgang: Einmischung tut not. Wider den Selbstbetrug der Putin-Freunde, in: Osteuropa, 63.2013, Nr. 4, S. 91–100
- Heinemann-Grüder, Andreas: Wandel statt Anbiederung, in: Osteuropa 63.2013, Nr. 7, S. 179–194
- Schröder, Hans-Henning: Russland in Europa. Randbemerkungen zur deutschen Russlanddebatte, in: Osteuropa, 63.2013, Nr. 8, S. 107–114.
- Spanger, Hans-Joachim: Kooperation tut not! Wider die Blindheit der Putin-Feinde, in: Osteuropa, 63.2013, Nr. 7, S. 169–178.
- Voigt, Karsten D: Förderung der Demokratie statt oberlehrerhafte Außenpolitik, in: Russland-Analysen 249/2012, S. 15–19; <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen249.pdf>>.

UMFRAGE

Russland, Deutschland und die russische Außenpolitik

Russland und seine Feinde

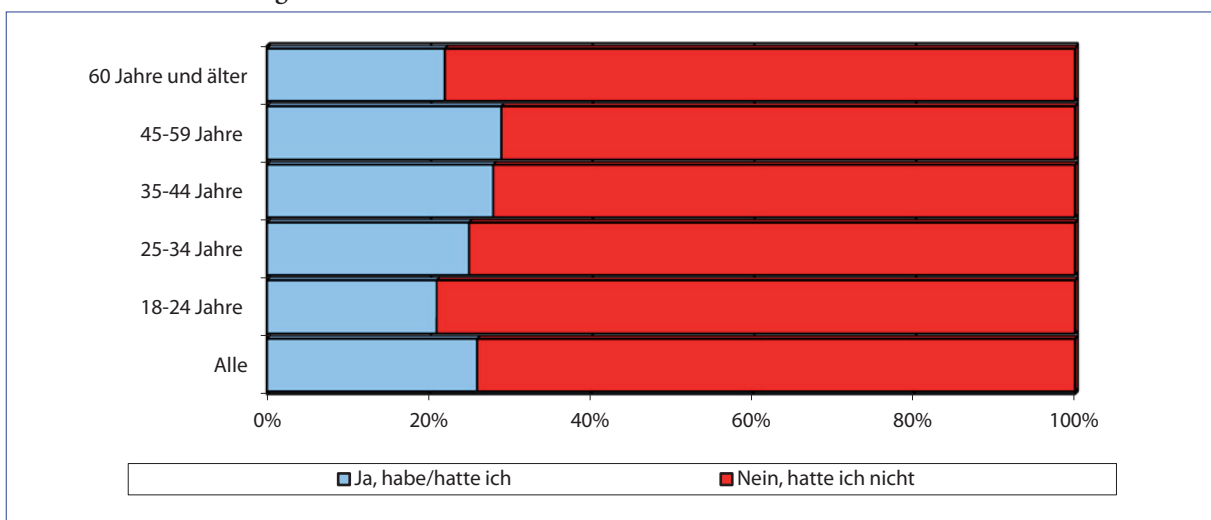
Grafik 11: Hat das heutige Russland Ihrer Meinung nach Feinde?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 15.–18. November 2013, N = 1603. Veröffentlicht am 26. November 2013 unter: <<http://www.levada.ru/print/26-11-2013/rossiyane-o-vragakh>>

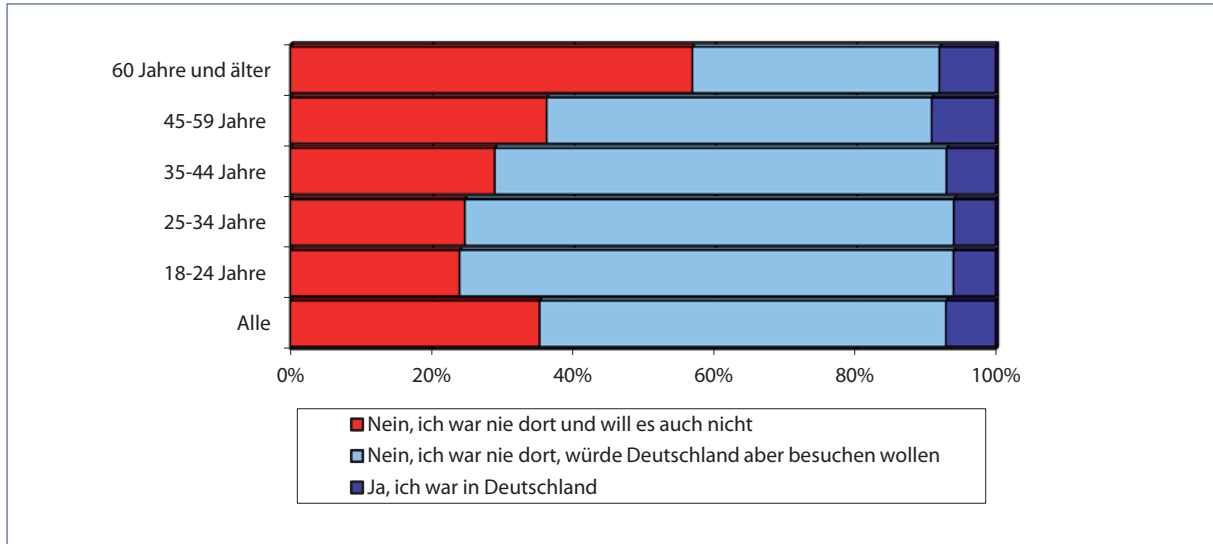
Russland und Deutschland

Grafik 12: Haben (hatten) Sie Deutsche in Ihrem Verwandten-, Freundes, Bekanntenkreis oder unter Ihren Arbeitskollegen?



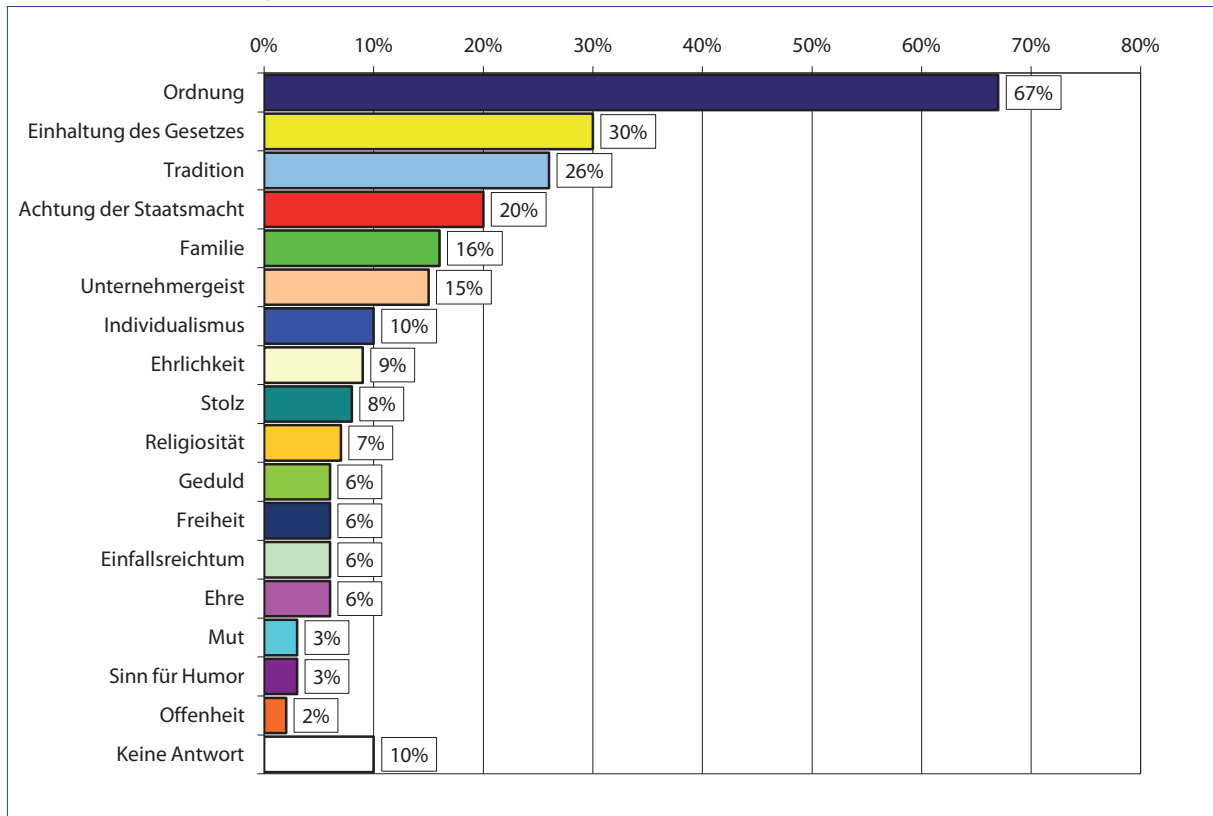
Quelle: Umfragen des WZIAM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

Grafik 13: Waren Sie irgendwann einmal in Deutschland? Wenn nicht, würden Sie Deutschland besuchen wollen oder nicht?



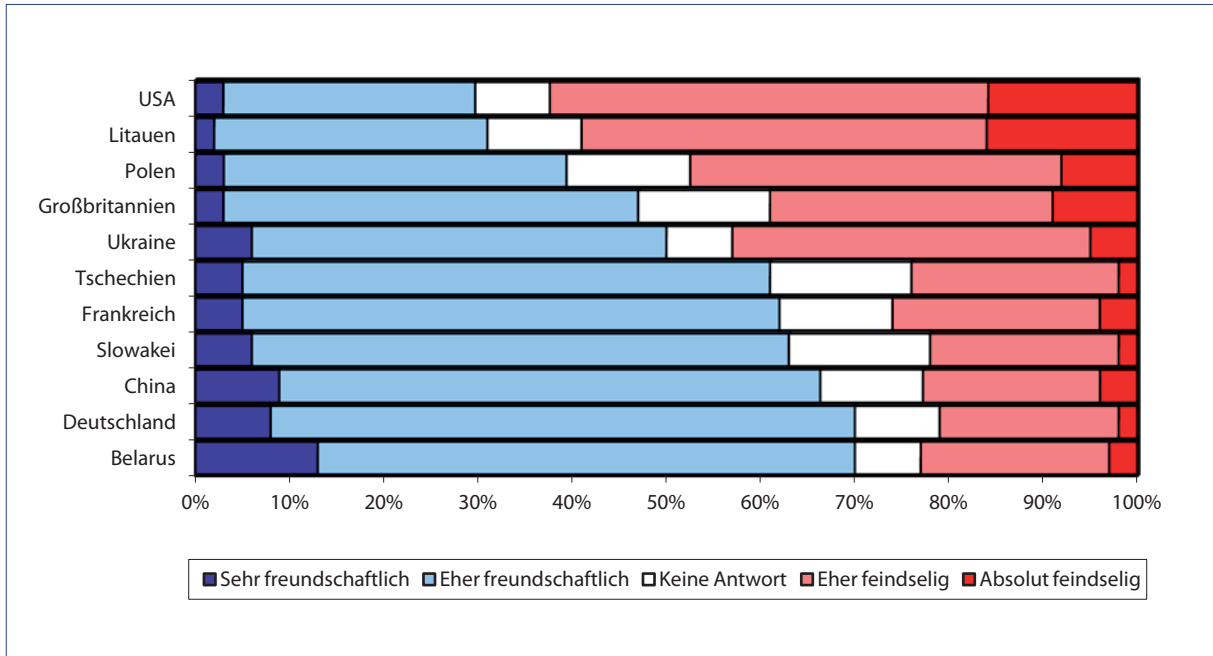
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

Grafik 14: Wählen Sie bitte aus den vorgegebenen Werten drei aus, die Ihrer Meinung nach für die Deutschen am Wichtigsten sind



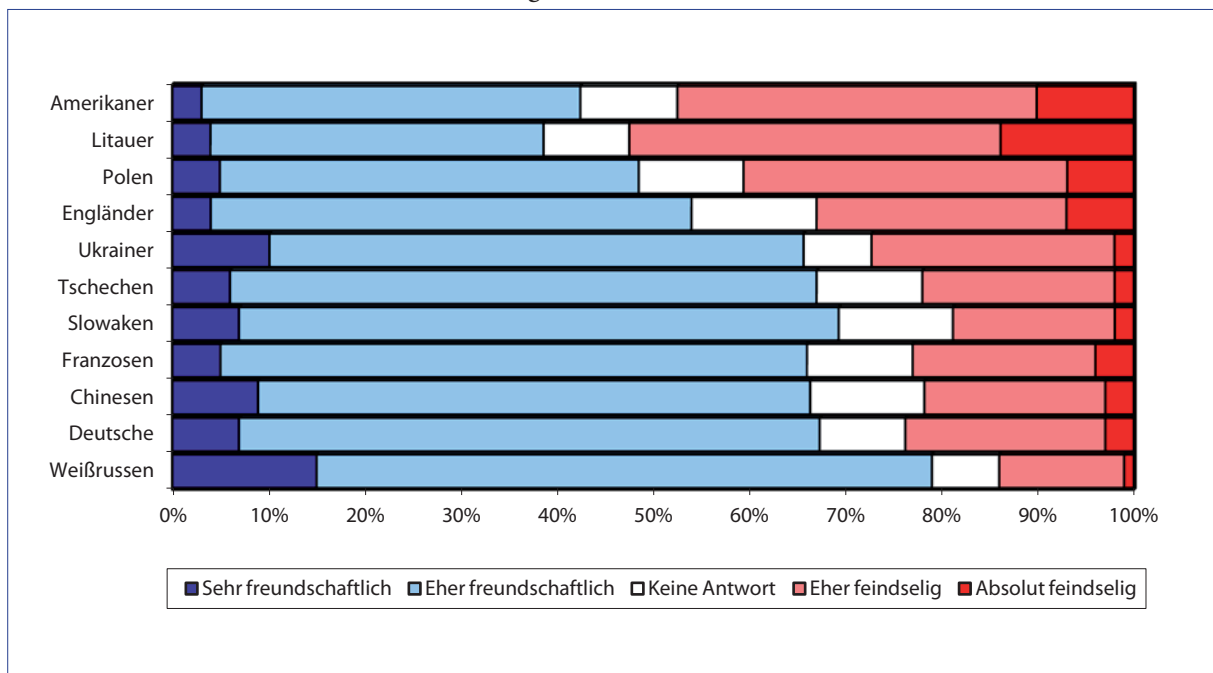
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

Grafik 15: Bewerten Sie bitte das Verhältnis dieser Länder und ihrer Staatsführung gegenüber Russland: eher freundschaftlich oder feindselig?



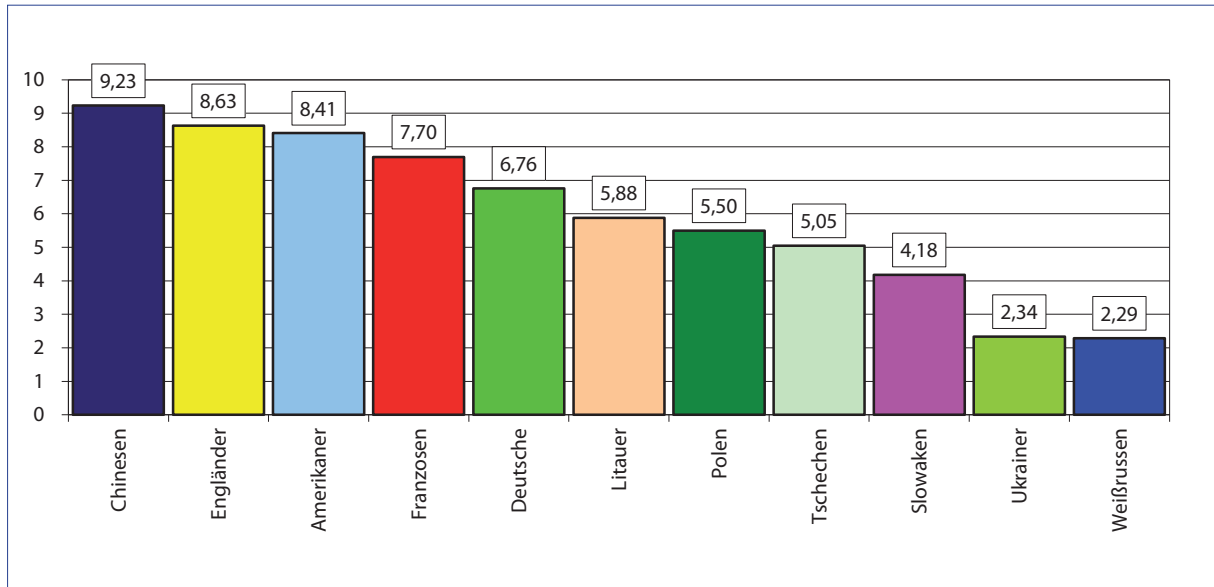
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

Grafik 16: Bewerten Sie nun bitte das Verhältnis der einfachen Bevölkerung dieser Länder zu Russland: eher freundschaftlich oder eher feindselig?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

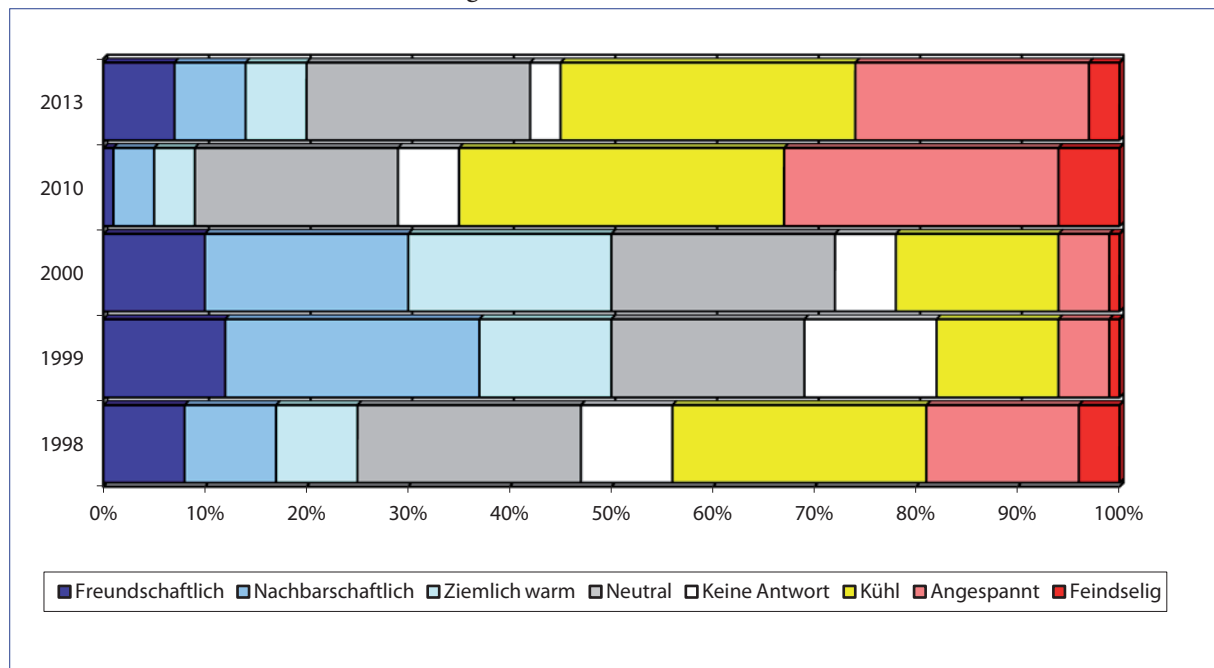
Grafik 17: Die Kultur welches Volkes ist der russischen Kultur Ihrer Meinung nach am nächsten? Ordnen sie die Völker nach ihrer Nähe zur russischen Kultur (1 am nächsten; 11 am weitesten entfernt; angegeben ist die durchschnittliche Bewertung aller Befragten)



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 28.–29. September 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 13. November 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114603>>

Russland – Ukraine – Europäische Union

Grafik 18: Wie würden Sie die Beziehung zwischen Russland und der Ukraine beschreiben?



Quelle: Umfragen des WZIOM vom 24.–25. November 2013, N = 1600. Veröffentlicht am 9. Dezember 2013 unter: <<http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=114634>>

»Wahrheitsministerium«

Zur Umstrukturierung der staatlichen Auslandsmedien

»Kein Witz«

Am 9. Dezember 2013 hat Wladimir Putins die Fusion der Nachrichtenagentur »RIA Novosti« und des Radiosenders »Stimme Russlands« verkündet. Auf deren Grundlage soll nunmehr eine Informationsagentur »Rossija Sewodnja« (Russland heute) entstehen. Der neue Auslandsrundfunk soll künftig über Politik und Gesellschaft Russlands berichten und weltweit für ein positives Image sorgen. Zum Chef der neuen Medienholding wurde Fernsehmoderator Dmitrij Kiseljow ernannt, der für aggressive Äußerungen gegenüber Homosexuellen und für seine radikale antiwestliche Agitation bekannt ist. Diese Nachricht überraschte die russische Öffentlichkeit und Blogosphäre. Als einer der Ersten kommentierte Alexej Nawalnyj in seinem Blog die Gründung der neuen staatlichen Medienholding: »Staatspropaganda muss ihr wahres Gesicht haben und Kiseljow passt da ideal [...]«

»Prächtige Nachrichten« von Alexej Nawalnyj, 9. Dezember 2013; <<http://navalny.livejournal.com/888734.html>>.

Das Ziel ist unerreichbar

Der stellvertretende Chefredakteur der Zeitschrift »Russkij Reportjor« Dmitrij Sokolow-Mitritsch bezweifelt den Erfolg einer neuen Kampagne zur Imageverbesserung Russlands im Ausland. In der PR-Arbeit spiele die »Wahrheit über das Produkt« eine entscheidende Rolle. Klassische Werbekampagnen würden auf diesen positiven »Wahrheiten« aufgebaut. In der russischen Wirtschaft sowie der Innen- und Außenpolitik ist diese notwendige Komponente nur schwerlich zu finden. Was sollen Journalisten von »Rossija segodnja« künftig nach außen verkaufen? Diese Frage bleibt unbeantwortet. »Zu Rossija Segodnja und der Wahrscheinlichkeit des Produkts« von Dmitrij Sokolow-Mitritsch, 10. Dezember 2013; <<http://smirich.livejournal.com/1859344.html>>.

Säuberungsaktionen im Mediensystem

»Zählte die Agentur RIA Novosti zu den oppositionellen Medien? Nein! Sie hatte bloß ein lebendiges Content. Ihre Journalisten waren lebendig. Ihre Projekte waren lebendig. Nun spielt es keinerlei Rolle, ob RIA Novosti gegen Putin Ränke schmiedete oder nicht. Es ist nun mal eine Zeit, in der das Lebendige zu liquidiert ist. Das System braucht geistige Stagnation, wie etwa Medinskij oder eben Kiseljow. Gefördert wird nur Totes, Geistloses, Stumpfes. ITAR-TASS ist in diesem Sinne ideal«, kommentierte Andrej Malgin die Auflösung der Nachrichtenagentur RIA Novosti. Der Schriftsteller und Blogger behauptet, dass Konstantin Ernst im Prozess der Umstrukturierung des Mediensystems als Nächster geopfert werde. Der langjährige Chefredakteur des Ersten Kanals fällt aus der aktuellen Medienlandschaft heraus. Der Erste Kanal ist kreativ, lebendig und produziert Sendungen auf einem sehr hohen Niveau. Konstantin Ernst passt trotz seiner Treue zum Regime nicht mehr zum Profil und ist damit ein Fremdkörper im System. Seine Entlassung kann allerdings erst nach den Winterspielen in Sotschi erfolgen, da Ernst für die Eröffnungs- und Schlussfeier verantwortlich ist.

»Tote und Lebendige« von Andrej Malgin, 10. Dezember 2013; <<http://avmalgin.livejournal.com/4202246.html>>

Droht dem Chef des »Ersten Kanals« die Entlassung?

Gerüchten zufolge muss Konstantin Ernst demnächst die Stelle des Chefredakteurs des Ersten Kanals räumen. Dieser war zwar wie alle anderen zentralen Kanäle servil und kooperierte gerne mit der Präsidialadministration. Die Unterhaltungssendungen hätten allerdings hohe Qualität und blieben in der Fernsehlandschaft Russlands in der Regel konkurrenzlos. Konstantin Ernst war fleißig, kreativ und zählte angesichts seiner erfolgreichen Projekte zu den besten Fernsehproduzenten Russlands. Zweifellos wird wieder ein konformer kremlnaher Journalist auf seine Stelle gesetzt. Es bleibt aber fraglich, ob der neue Chefredakteur in der Lage sein wird, das hohe Niveau des Ersten Kanals zu halten. Generell erlebt das Fernsehen in Russland momentan einen Niedergang und kehrt zum sowjetischen Modell zurück. Alle bedeutenden Fernsehsender gehören einem Besitzer, nämlich den Kowaltschuks, sprich Putin. So ist 23 Jahre nach der Perestrojka »Gosteleradio« (Staatskomitee für Fernsehen und Rundfunk der UdSSR) wieder aufgebaut worden.

»Wo geht Ernst hin?« von Alexej Roschtschin, 15. Dezember 2013; <<http://besttoday.ru/posts/9779.html>>

Auflösung von RIA Novosti: objektive Gründe und subjektive Prozesse

Die Auflösung von RIA Novosti sei Teil eines Prozesses und kein »isolierter Einzelfall«, analysiert der Chef des renommierten Radiosenders »Echo Moskwj« Alexej Wenediktow in seinem Blog den Erlass von Präsident Putin »Über die

Verbesserung der Effektivität der Tätigkeit der Staatsmedien«. Die Konsolidierung von staatlichen Medien im Rahmen einer größeren Medienholding habe objektive und subjektive Gründe.

Zwei große Nachrichtenagenturen, ITAR-TASS und RIA Novosti, mit ihren Auslandsbüros seien eine teure Angelegenheit. Wirtschaftlich gesehen wäre es sinnvoller, ihre Aufgaben zu aufzuteilen, nämlich entlang der Linie »Inland – Ausland«. Des Weiteren ist Putin mit dem Image Russlands unzufrieden und zugleich der festen Überzeugung, dass die Konzentrierung der Medienressourcen von »Stimme Russlands«, RIA und »Russia Today« ein mächtiges Instrument zur Meinungsbildung auf internationaler Ebene sein wird. Schließlich zerstörten soziale Netzwerke das Informationsmonopol der Nachrichtenagenturen und der Werbungsmarkt stagniere. In dieser Situation lässt die Fusion staatlicher Medien die Unterhaltskosten minimisieren.

Die subjektiven Gründe sind komplexer. Die ehemalige Chefin von RIA Novosti Swetlana Mironjuk war vom Staat relativ unabhängig und war bestrebt, unterschiedliche Meinungen zu politischen Sachverhalten zu beleuchten. Mironjuk hatte in der Präsidentschaftsadministration und unter den Funktionären, die die Medienpolitik betreuen, viele Feinde. Als letzter Grund gelte das »ukrainische Syndrom«. Präsident Putin sei durch die mediale Konfrontation im »Bruderland« und dem Versagen der russischen Berichterstattung über die Ereignisse dort verärgert; gerade deshalb sei Wladislaw Surkow mit dem »Ukraine-Projekt« betraut worden. Gerade rasche Entwicklung des Protests auf dem »Euro- Maidan« habe zur schnellen und radikalen Umstrukturierung staatlicher Medien in Russland geführt.

»RIA Nowosti« von Alexej Wenediktow, 13. Dezember 2013; <<http://www.echo.msk.ru/blog/aav/1217305-echo/>>

»Außenpropaganda hat keinen Zweck«

Wladimir Posner erzählt im Interview für fontanka.ru, warum die neue Medienholding »Rossija segodnja« kaum Aussichten hat. Der namhafte Journalist hat noch zu Sowjetzeiten bei der Presseagentur »Nowosti« (APN) gearbeitet, deren Aufgabe die »Verbreitung wahrer Informationen über die UdSSR im Ausland« war. Posner zu Folge kann außenpolitische Propaganda lediglich in Staaten ohne Massenmedien (denen die Bevölkerung vertraut) oder alternative Informationsquellen funktionieren und hat in entwickelten Ländern mit Pressefreiheit keinen Sinn. Die Wahrnehmung eines Landes im Ausland kann sich nicht verbessern, wenn es keine Veränderungen innerhalb des Landes gibt: »Das Image der Sowjetunion veränderte sich nach dem Amtsantritt Gorbatschows während Perestroika und Glasnost. Und das erfolgte nicht wegen guter Arbeit von APN und der Redaktionen für die USA und Großbritannien, sondern weil das Land selbst Veränderungen erfahren hat«.

»Wladimir Posner über die Zukunft der neuen Informationsagentur »Rossija segodnja« von Posner Online«, 16. Dezember 2013; <<http://pozneronline.ru/2013/12/6561/>>

*Ausgewählt und zusammengefasst von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache)*

BIOGRAFIE

Dmitrij Kiseljow, Chef der neuen Internationalen Informationsagentur »Russland heute«

Dmitrij Konstantinowitsch Kiseljow wird am 26. April 1954 in Moskau geboren.

1978 schließt er sein Studium der skandinavischen Philologie an der Leningrader Staatlichen Universität ab.

Von 1978 bis 1989 arbeitet er für die Norwegen- und die Polen-Redaktion des Zentralen Auslandsrundfunks »Gosteleradio« sowie für den »Ausländischen Radiodienst«, der Sendungen in englischer Sprache ausstrahlte.

Von 1988 bis 1991 arbeitet Kiseljow beim Zentralen Fernsehen der Sowjetunion (»ZT SSSR«) als Korrespondent der Nachrichtensendung »Wremja«, von Ende 1989 bis Januar 1991 ist er zudem Sprecher beim »Fernsehnachrichtendienst« (TSN), einer Nachrichtensendung des Ersten Programms des Zentralen Fernsehens.

Mit dem Ende des sowjetischen Staatsfernsehens wechselt Kiseljow zum staatlichen russischen Sender »Ostankino« (später ORT, heute: Erster Kanal), für den er von 1991 bis Ende 1996 die nächtlichen Nachrichtensendungen

moderierte. Parallel dazu kooperierte er mit verschiedenen Fernsehanstalten, darunter der ARD, RTL und der japanischen NHK, in unterschiedlichen Projekten.

Von 1992 bis 1994 ist er Leiter des Regionalbüros des Fernsehsenders »Ostankino« für Nordeuropa und Benelux.

Nach der Ermordung Wladislaw Listjews, des Generaldirektors des Ersten Kanals (ORT), am 1. März 1995 übernimmt Kiseljow dessen Interviewsendung »Tschas Pik« (Spitzenzeit) bis September 1996. Von 1994–1996 ist er Moderator der Sendung »Okno w Jewropu« (Fenster nach Europa) auf ORT.

Von 1997 bis 2003 ist er Moderator der Talk-Show »Nazionalnyj Interes« (Nationales Interesse), die Anfangs von Ren TV, von September 1997 bis Mai 1998 vom Staatssender RTR (heute Rossija 1) und anschließend vom Ukrainischen Sender ICTV ausgestrahlt wird. Von 2000 bis 2003 zudem Chefredakteur für Informationsdienste des Ukrainischen Senders ICTV.

2003 wechselt Kiseljow wieder zum russischen Staatsfernsehen RTR. Anfangs als Moderator der Sendungen »Utrennij Rasgowor« (Gespräch am Morgen) und »Awtoritet« (Autorität), 2003–2004 von »Parlamentskij Tschas« (Parlamentssunde), 2006 – 2008 als Ko-Moderator der Nachrichtensendung »Westi« mit Maria Sittel.

2006 Wiederaufnahme der gesellschaftspolitischen Talkshow »Nationales Interesse« im Fernsehsender »Rossija«.

Im Juli 2008 wird Kiseljow zum Stellvertretenden Generaldirektor des »Allrussischen staatlichen Fernseh- und Rundfunkunternehmens« (VGTRK) berufen.

Im März 2012 übernimmt er die Sendung »Istoritscheskij Prozess« (Historischer Prozess), die zuvor von Sergej Kurginjan moderiert wurde (siehe auch dessen Kurzbiographie in den Russland-Analysen 256/2013 »Rechtsradikalismus in Russland«; <<http://www.laender-analysen.de/russland/pdf/Russlandanalysen256.pdf>>).

Seit August 2012 ist er Moderator der Sendung »Westi Nedeli« (Nachrichten der Woche).

9. Dezember 2013 wird er von Präsident Wladimir Putin per Erlass zum Generaldirektor der Internationalen Informationsagentur »Russland Heute« berufen, die auf der Basis der Nachrichtenagentur RIA Novosti und des Radiosenders Golos Rossii (Stimme Russlands) errichtet wird und die staatliche Politik und russische Lebenswelt im Ausland verbreiten soll.

Kiseljow ist Autor mehrerer Dokumentarfilme, unter anderem einer Serie über den Zerfall der Sowjetunion (»SSSR: kruschenije« – UdSSR: Zusammenbruch) sowie einiger Biographien (»Sacharow«, »100 dnej Gorbatschowa« – 100 Tage Gorbatschow, »100 dnej Jelzina« – 100 Tage Jelzin).

Verwendete Quellen: Kiseljows Biographien unter: <http://www.gazeta.ru/tags/dmitrii_kiselev.shtml>, <<http://koltovskiy.wordpress.com/2013/12/09/дмитрий-киселев-от-гостелерадио-до-ро/>>, <<http://www.moskva-tyt.ru/news/20131209-biografiya-dmitriya-kisyeleva-34.html>>, <<http://www.bestpeopleofrussia.ru/persona/1020/bio>>, <http://www.vokrug.tv/person/show/Dmitrii_Kiselev/>.

Markante Äußerungen und Stellungnahmen:

Über die Opposition:

»Die Opposition auf der Straße fordert politischen Wettbewerb, bereit für diesen ist aber nur Putin. [...] Die schreiende Opposition ist zu einem politischen Wettbewerb nicht bereit, unabhängig von allen Stützen, mit denen sie der Kreml ausstattet. Sie ist nicht bereit, weil die Latte der Anforderungen an sich selbst herabgesetzt ist – die professionellen, moralischen und sportlichen.«

Quelle: Bolschoj Gorod: 5 samych jarkych wyskazywanii Dmitrija Kiseljowa..., 9. Dezember 2013, unter: <http://bg.ru/society/5_vyskazyvanij_dmitrija_kiseleva-20557/>.

Über Journalisten und den Journalismus:

»Ein Journalist sollte nicht von der Ethik getrennt werden. Die Personen, die Sie am Bildschirm sehen, sind aber häufig nicht als Journalisten zu bezeichnen, da sie oftmals bloße Agitatoren sind. [...] Aufgabe des Journalisten ist es meiner Meinung nach, die richtigen Proportionen der Welt, ein vollständiges Bild der Welt zu zeigen. Es ist eher das Problem des Publikums, das vor dem Bildschirm sitzt und verstehen muss, wer dort zu sehen ist – ein Journalist oder ein Agitator. [...] Jegliche Herabsetzung der Messlatte, jegliche Absenkung der Moral und der Regeln werden die Menschen fressen; eines schönen Tages jedoch werden wir uns selbst wie Schweine im Dreck schwimmen sehen. Und es wird eine solche Gesellschaft geben. Und wir werden uns gegenseitig mitsamt dem Dreck fressen. Und genau dort werden wir uns wiederfinden. Weiter absinken werden wir dann nicht mehr können.« (1999).

Quelle: Wedomosti: Dmitrij Kiseljow, 1999 god, 9. Dezember 2013, unter: <<http://www.vedomosti.ru/politics/news/19856721/dmitrij-kiselev-izbranno>>

Über Alexej Nawalnyj:

»Die Texte, die Nawalnyj heute gewidmet werden, klingen wie ein Goebbelscher Gruß an den Führer. [...] Die Anhänger Nawalnyjs, die für ihn agitieren, greifen auf Technologien zur Werbung für Hitler zurück. [...] Er [Nawalnyj] ist ein Hanswurst.«

Quelle: Vera Kitschanowa: Dmitrij Kiseljow: Nawalnyj ne Gitler, a nasekomoje i schut gorochowyj, in: Slon.ru, 25. September 2013, unter: <<http://slon.ru/fast/russia/dmitriy-kiselev-navalnyy-ne-gitler-a-nasekomoe-i-shut-gorokhovyy-995874.xhtml>>.

Über Homosexuelle:

»Ich finde, dass die Bestrafung von Schwulen wegen Propaganda für Homosexualität unter Minderjährigen zu wenig ist. Man sollte ihnen die Blut- und Spermaspende verbieten und ihre Herzen, im Falle eines Autounfalls, in der Erde vergraben oder verbrennen, als unbrauchbar für die Verlängerung jeglichen anderen Lebens.«

Quelle: Bolschoj Gorod: Dmitrij Kiseljow objasnil swojo predloschenije..., 12. August 2013, unter: <http://bg.ru/society/dmitrij_kiselev_objasnil_svoe_predlozhenie_szhigat-19070/>.

[Seine Aussage bezeichnet Kiseljow als »gesunde Provokation«. Die Probleme der Schwulen würden Russland künstlich aufgebürdet, und nicht von den Schwulen selbst, sagte er.] »Da sie unselbstständig sind, wohl ihrer Natur nach, und daran gewöhnt, dass man sie ausgenutzt, werden sie nun auch von jenen benutzt, die einen Vorwand suchen, die Olympiade in Sotschi zu boykottieren. Unsere Schwulen wurden einfach grob benutzt.«

Quelle: Vera Kitschanowa: Dmitrij Kiseljow: Nawalnyj ne Gitler, a nasekomoje i schut gorochowyj, in: Slon.ru, 25. September 2013, unter: <<http://slon.ru/fast/russia/dmitriy-kiselev-navalnyy-ne-gitler-a-nasekomoe-i-shut-gorokhovyy-995874.xhtml>>.

Zur Situation in der Ukraine

»Das innerhalb der EU Koalitionstrio »Schweden – Polen – Litauen« tut alles, um Russland zu ärgern, die Ukraine ist dabei nur ein Zünder. Erinnert das nicht an etwas? Das Königreich Schweden, die Rzeczpospolita [Polnische Republik], das Großfürstentum Litauen – das ist genau jenes Bündnis, mit dem sich Peter der Große 1709 ruhmreich bei Poltawa geschlagen hat. In dieser Woche [die Woche vor dem »Euromaidan«; Bolschoj Gorod] zeigte sich diese Koalition in voller Größe... Das sah aus wie Durst nach einer Revanche für Poltawa.«

Quelle: Bolschoj Gorod: 5 samych jarkych wyskazywanij Dmitrija Kiseljowa..., 9. Dezember 2013, unter: <http://bg.ru/society/5_vyskazyvanij_dmitrija_kiseleva-20557/>.

Zusammengestellt und übersetzt von Christoph Laug, Freiburg

NOTIZEN AUS MOSKAU

Putin, der Sieger

Jens Siegert, Moskau

Neulich beim Petersburger Dialog in Kassel habe ich es zuerst gehört. »Die drei Siege Putins« sagte ein russischer Teilnehmer der Arbeitsgruppe Politik. Gemeint waren außenpolitische Erfolge: Snowden, Syrien, die Ukraine. Mancher mischte auch den Iran mit rein. Weitere folgten. Gemeint war, dass Russland nun dank Putin endgültig zurück sei auf der ganz großen Bühne der Weltpolitik. Gemeint war, an die Adresse der deutschen Gesprächspartner gerichtet, auch, dass es sich lohne, ja zwingend sei, das anzuerkennen, weniger zu nörgeln und sich mehr nach Moskau auszurichten.

Dabei war Putins Siegerimage seit einiger Zeit angeschlagen. Wie ich im Sommer in meinem Blogbeitrag »Putin, Viagra und der Hecht« (<<http://russland.boellblog.org/2013/08/04/putin-viagra-und-der-hecht/>>) ausführlich beschrieben habe, schwächelte das Sieger- und Macho-Image des russischen Präsidenten spätestens seit der Ankündigung seiner Wiederkehr in den Kreml im September 2011. Von »was für ein Kerl« wechselte die Reaktion auf Putins Muskelspiel (im übertragenen wie im direkten Sinn) immer häufiger in eine dezente Variante des Fremdschämens. Doch das ist vor-

bei. Putin ist wieder der Sieger. Immer und überall und zu allen Zeiten.

Andere als die Deutschen haben das schon früher erkannt. Ende Oktober kürte das US-amerikanische Nachrichtenmagazin Forbes Putin bereits (übrigens ironischer Weise politikkorrekt geschlechterneutral) zum (oder zur) »World's Most Powerful« (<<http://www.forbes.com/powerful-people/list/>>), noch vor Barack Obama und Xi Jinping. Angela Merkel landete hinter dem Papst auf Platz fünf. Diese Steilvorlage konnte sich der Kreml nicht entgehen lassen. Wenn schon der Erzfeind so viel Respekt zeigt, muss da wohl was dran sein.

Auch innenpolitisch kommt das Bild des international von Sieg zu Sieg eilenden Putin gerade Recht. Der kleine Aufstand der großstädtischen Mittelschichten im Land ist soweit eingedämmt, dass wie zum Hohn anlässlich des 20. Jahrestags der ausgehöhlten Verfassung eine großherrschaftliche Amnestie verkündet wird. Allerdings dräut eine längere Phase wirtschaftlicher Stagnation. 1,4 Prozent Wirtschaftswachstum in diesem Jahr und nur wenig mehr im kommenden, so die Prognose. Der Kapitalabfluss aus dem Land hält weiter an. Putins Wirtschaftsberater Andrej Belousow, bis 2012 Wirtschaftsminister, beklagt dieser Tage eine »Stagnation in den Köpfen«. Seltsam hilf- und ideenlos wirkte auch Putin selbst in seiner Rede zur Lage der Nation vor beiden Parlamentskammern Mitte Dezember (wie u. a. Anders Aslund in The Moscow Times sehr erhellend heraus gearbeitet hat <<http://www.themoscowtimes.com/opinion/article/putins-conservative-state-capitalism/491790.html>>).

Zwar scheint die Macht also erst einmal wieder gesichert (wenn dafür auch ein hässlicher und wohl mittelfristig nicht ganz ungefährlicher Schwenk ins National-Konservative und gesellschaftspolitisch Obskurante nötig war), aber die Aussichten sind trotzdem trüb. Offenbar geht es nun nicht mehr nur darum, das Image Russlands im Ausland zu verbessern (dem nimmt sich nun der bewährte Hetzer Dmitrij Kiseljow mit der zu »Russland Heute« umgebauten alt-ehrwürdigen Nachrichtenagentur RIA-Nowosti an), sondern auch umgekehrt darum, Erfolge in der Welt noch besser zu Hause zur Legitimierung der Herrschaft nützlich zu machen.

Nun ist das erst einmal weder etwas Besonderes, noch etwas besonders Anrühiges. Das machen alle Macht Habenden, ob nun demokratisch legitimiert oder nicht. Da ist zudem immer viel Auslegung dabei. Die Grenze zwischen geschickter PR und Propaganda ist fließend.

Und fraglos hat Russland in diesem Jahr die Rolle des ewigen Neinsagers, des Nicht-Gestalters, der Status-Quo-Macht zumindest ein wenig abgelegt. Das hat viel mit dem schon kurz angesprochenen ideologischen

Schwenk (oder vielleicht genauer: der Re-Ideologisierung) der russischen Innenpolitik zu tun. Putin positioniert sich (und sein Land) seit seiner Rückkehr in den Kreml verstärkt nicht mehr nur als geopolitische Alternative, sondern – hierin der Sowjetunion immer ähnlicher werdend – als ideologischen Gegenentwurf, als eine Wertealternative zum Westen. Seine Argumentation (so in der Rede vor dem Waldaj-Club im September (<<http://valdaiclub.com/politics/62880.html>>) oder in der oben erwähnten Zur-Lage-der-Nation-Rede) ist dabei recht einfach. Der Westen habe seine eigenen, christlichen Werte nicht nur verraten, sondern geradezu ins Gegenteil verkehrt. Nun dränge er der restlichen Welt seine Lasterhaftigkeit als neue ethische Normen auf. Nur ein auf traditionellen und christlichen Werten aufbauendes Russland (sprich: das Russland Putins) sei in der Lage, den Westen vor sich selbst und damit die christliche Welt zu retten. Ein Bollwerk für diese Rettungstaktik ist die angestrebte Eurasische Union.

Was hat das nun mit Putins Siegen zu tun? Diese Siege sind in der vom Kreml angebotenen Interpretation Siege wegen des westlichen Niedergangs oder gegen einen niedergehenden Westen. Edward Snowden wird so zum Kronzeugen eines westlichen Moralverlusts und einer damit einhergehenden Doppelmoral. Durch diesen (schon aus Sowjetzeiten bekannten) Trick kann die USA für etwas kritisiert werden, was der russischen Staat mit aller Selbstverständlichkeit immer gemacht und nie gelassen hat.

Ein wenig anders liegt die Sache mit dem Iran und Syrien. Die Erfahrungen im Irak (und später in Libyen und in Ägypten) haben aus russischer Sicht gezeigt (und man kann angesichts von Umfragezahlen wirklich von einer »russischen Sicht« sprechen und muss sie nicht auf die Regierung einschränken), dass der westliche Ruf nach mehr Demokratie letztlich verlogen ist und nur zu Instabilität und damit mehr Leid führt. Russlands hinhaltende Politik in Bezug auf das iranische Atomprogramm und die grundsätzliche Verhinderung eines UN-Sicherheitsratsvotums für ein internationales Eingreifen in Syrien werden so zu aktiver Friedenspolitik.

Das war lange eine komfortable, aber eben passive Position. Zu einer echten (Groß-)Machtpolitik gehört aber Gestaltung. Mit der Vermittlungs- bzw. Garantierolle, die Russland seit dem Sommer in diesen beiden Konflikten eingenommen hat, hat Putin erstmals seit langem internationale Anerkennung errungen (siehe Forbes), aber auch Verantwortung übernommen. In beiden Konflikten muss sich nun zeigen, ob das Land auch (wieder) zu gestalten in der Lage ist. Hoffen wir es.

Wieder anders liegt der Fall der Ukraine. Hier scheinen viele Akteure, vorne weg natürlich der Kreml (und

ein großer Teil des großen Landes hinterher), vor allem Zbigniew Brzezinskis Diktum im Kopf zu haben, ohne die Ukraine sei Russland kein Imperium mehr. Entsprechend hoch ist der Einsatz. Selbstverständlich war Präsident Janukowitschs Weigerung, den fertigen Assoziierungsvertrag mit der EU zu unterschreiben, nur der Anlass, nicht der Grund für die für alle so unerwartet heftigen und langen Proteste auf dem Maidan in Kiew. Es geht längst um die Ukraine selbst, darum wie unabhängig (von Russland) sie sein soll und wie demokratisch.

Putin und Janukowitsch locken (kurzfristig) mit Brot und warmen Wohnungen. Die EU verspricht (mehr implizit als explizit) heute mehr Freiheit und die Hoffnung auf künftigen Wohlstand (gibt aber, aus ukrainischer Sicht, vorerst wenig). Wie es scheint, sind die russischen Argumente (und Drohungen) im Verbund mit den ganz eigenen (politischen Überlebens-)Interessen der gegenwärtig in der Ukraine Regierenden momentan stärker. Allerdings ist auch hier die Endrechnung noch nicht aufgemacht. Die Ukraine nicht nur kurzfristig im eigenen Orbit (sprich einer Zollunion und später vielleicht einer Eurasischen Union) zu halten, dürfte nicht nur heute viel Geld kosten und künftig dann noch mehr. Der Kreml holte sich auch den Maidan ins eigene Haus und ein dem gegenwärtigen politischen System in Russland zumindest zur guten Hälfte zutiefst feindlich gesinntes Land. Die Demonstranten in Kiew könnten irgendwann auch diejenigen in Moskau, St. Petersburg und anderswo auf den Geschmack bringen und ihnen Mut machen.

Sind das also alles Putins Siege? Zum Teil wohl schon. Zum Teil nutzt der Kreml geschickt die momentane Schwäche, die Selbstbeschäftigung, die Selbstzweifel des Westens. Insbesondere hat er den Westen gerade dort in eine Falle gelockt, wo er momentan das meiste Rückgrat zeigt: Die Kampagne gegen alles, was von der heterosexuellen Norm abweicht, ist ein großer Erfolg (und dabei geht es nicht einmal in erster Linie um das diskriminierende Antihomosexuellengesetz). Dem Westen bleibt unter dem Druck der eigenen Werte und der Selbstachtung gar nichts anderes übrig, als hier fest zu bleiben und das auch durch Taten zu zeigen. (Geo-)Politische Kompromisse sind bei diesem Thema bei Strafe der Selbstverleugnung nicht möglich. Jede dieser Taten aber, ob es nun eine öffentliche Verurteilung ist oder die

Nicht-Reise nach Sotschi zu den Olympischen Winterspielen, lässt sich mit Hilfe der großen Propaganda-Maschine Fernsehen in Russland und den weit und tief verbreiteten Vorurteilen sexuellen Minderheiten gegenüber leicht als Heuchelei oder Scheinheiligkeit des Westens diskreditieren. Putin hat lange darauf hingearbeitet und (zumindest kurzfristig) hat er gewonnen.

Der nächste Sieg, die olympischen Spiele in Sotschi ist auch schon eingepflanzt. So die russischen Sportlerinnen und Sportler nicht unterirdisch abschneiden, werden sie ein wahrer Triumph des Willens werden, das Land wieder groß zu machen. Das Nicht-Kommen von Gauck, Hollande, Obama und Co. ist wohl richtig. Kämen sie, würde in Russland wenig mehr zurück bleiben, als ihre Bilder mit Putin, mehr oder weniger gequält lächelnd. Und auch dieses mehr oder weniger Gequälte ließe sich immer zu Putins Gunsten interpretieren. Fiele es weniger gequält aus, dürfte er sich mal wieder alles erlauben. Fiele es gequälter aus, hatte er die Macht, seine Gäste trotz ihres Unbehagens nach Sotschi zu zwingen. Wenn sie, wie angekündigt, ganz weg bleiben, zeigen sie eben wenig Sportsgeist und beleidigen das Land.

Die öffentliche Meinung in Russland ist vorerst wieder auf Putins Siege geeicht. Und viele öffentliche Meinungsmacher im Westen glauben das sehr bereitwillig.

Allerdings braucht nicht nur das Regime Erfolge. Auch dem angeknacksten Ego von Land und den Menschen täten sie wohl. Das meine ich nicht nur und nicht einmal in erster Linie therapeutisch. Das Verführerische an Putins Siegen, an der von ihm angebotenen Geschichte Russlands als eine von Siegen und Siegern, liegt auch darin, dass es, nüchtern betrachtet, soviel zum Stolz sein und Freuen nicht gibt. Vielleicht sollte das Ziel westlicher Politik nicht (nur) darin liegen, großmäuligem und großmächtigem Unsinn des Kreml etwas entgegen zu stellen, sonder eher darin zu schauen, wie diese Energie auf nützliche Erfolge (wie vielleicht in Syrien, vielleicht im Atomstreit mit dem Iran, vielleicht sogar in Bezug auf die Ukraine) gelenkt werden könnte. Nullsummenspielen endet erst mit der Erkenntnis, dass es Win-Win-Situationen tatsächlich geben kann.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Vom 5. bis zum 19. Dezember 2013

05.12.2013	Sicherheitskräfte töten bei einem Sondereinsatz im Rayon Chasawjurt (Dagestan) fünf Untergrundkämpfer.
05.12.2013	Im Moskauer Stadtzentrum werden drei Aktivisten kurzzeitig festgenommen. Sie hatten am Ort der ersten Protestdemonstration gegen die Fälschungen der Dumawahlen 2011 ein Plakat entrollt.
06.12.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt das Rücktrittsgesuch Arsen Kanokows, seit 2004 Oberhaupt der Republik Kabardino-Balkarien, an und ernennt Jurij Kokow, seit 2008 Abteilungsleiter für Extremismusbekämpfung im russischen Innenministerium, zu dessen kommissarischem Nachfolger.
06.12.2013	Das Nationale Anti-Terror Komitee gibt die Tötung von vier Untergrundkämpfern im Rahmen eines Sondereinsatzes im Rayon Elbrus (Kabardino-Balkarien) bekannt.
06.12.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt mehreren Fernsehsendern ein Interview. Er verteidigt die hohen Investitionen für die Olympiade und die Fußballweltmeisterschaft. Sein Verhältnis zu Präsident Putin sei in Ordnung.
06.12.2013	Im Moskauer Stadtzentrum werden 22 Aktivisten festgenommen, die für eine Amnestie der Gefangenen im »Bolotnaja-Verfahren« demonstriert hatten.
06.12.2013	Präsident Wladimir Putin trifft in Sotschi mit seinem ukrainischen Amtskollegen Viktor Janukowytsch zusammen. Im Zentrum steht die Vorbereitung eines Abkommens über eine strategische Partnerschaft zwischen Russland und der Ukraine.
08.12.2013	Das Bundespräsidialamt in Berlin gibt bekannt, dass Bundespräsident Joachim Gauck nicht zu den olympischen Winterspielen nach Sotschi fahren wird.
09.12.2013	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass zur Umstrukturierung der staatlichen Medien. Die Informationsagentur »RIA Novosti« und der Radiosender »Golos Rossii« (Stimme Russlands) werden aufgelöst und auf ihrer Basis die »Internationale Informationsagentur »Rossija Segodnja«« (Russland Heute) errichtet. Hauptaufgabe wird die Vermittlung russischer Politik im Ausland. Zum Generaldirektor wird Dmitrij Kiseljow ernannt, der seine Mission in der »Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zu Russland« sieht.
09.12.2013	Präsident Putin legt anlässlich des 20. Jahrestages der Verabschiedung der Verfassung der Staatsduma einen Gesetzesentwurf zu einer Amnestie vor. Ca. 25.000 Gefangenen würden in den Genuss dieser Maßnahme kommen.
09.12.2013	Wladimir Putin empfängt mehr als 300 »Helden Russlands« bzw. »Helden der Sowjetunion« im Kreml zum »Tag des Helden des Vaterlandes«. Heldenmut und der selbstlose Einsatz für die Nation seien Putin zufolge die Grundlagen des nationalen Charakters.
10.12.2013	Präsident Putin weist auf einer Sitzung des Verteidigungsministeriums für 2014 die Errichtung von Infrastruktur und die Stationierung von Truppenverbänden in der Arktis an. Verteidigungsminister Sergej Schojgu zufolge werde 2014 ein Luftwaffenstützpunkt in Belarus eröffnet. Die russische Kriegsmarine, die seit Juni mit mehreren Schiffen im Mittelmeer präsent ist, soll zudem zur Verteidigung der nationalen Interessen dauerhaft im Mittelmeer stationiert bleiben.
10.12.2013	Präsident Wladimir Putin trifft zum Tag des Schutzes der Menschenrechte mit Vertretern von Menschenrechtsorganisationen zusammen.
10.12.2013	Die russische Staatsduma verurteilt in einer Erklärung die »offensichtliche Einmischung ausländischer Staaten in die inneren Angelegenheiten der souveränen Ukraine«, dies widerspreche allen Normen der internationalen Praxis. Die Oppositionskräfte in der Ukraine werden aufgefordert, rechtswidrige Handlungen zu beenden.
10.12.2013	Unbekannte töten im Rayon Tschegeg (Kabardino-Balkarien) zwei Mitarbeiter des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug, eine weitere Person überlebt verletzt.
10.12.2013	Präsident Wladimir Putin trifft in seiner Residenz mit Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt zusammen und erörtert mit ihm die deutsch-russischen Beziehungen und die Lage in Europa.
11.12.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew wird als Kuratoriumsvorsitzender der Stiftung »Skolkowo« wiedergewählt.
11.12.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in dritter Lesung Gesetzesnovellen, die die Befugnisse des Inlandsgeheimdienstes (FSB) zur Gewährleistung der Informationssicherheit erweitern.

12.12.2013	Präsident Wladimir Putin hält am 20. Jahrestag der russischen Verfassung seine jährliche Ansprache vor der Föderalversammlung. Zentrale Themen sind die Ausweitung der lokalen Selbstverwaltung und der Gesellschaftskammern, die Entwicklung von Sibirien und des Fernen Ostens, Konservatismus und der Schutz traditioneller Werte, die US-Raketenabwehr, Offshore-Unternehmen und die Arbeitsmigration.
12.12.2013	Das EU-Parlament verabschiedet eine Resolution, die Russlands politischen und wirtschaftlichen Druck sowie die Androhung von Handelsanktionen gegenüber der Ukraine als unzulässig verurteilt und von der EU und den Mitgliedsstaaten eine adäquate Antwort fordert. Am Vortag verabschiedete das EU-Parlament einen Aufruf an den Ministerrat, die »Magnitskij-Liste« zu verabschieden.
12.12.2013	Ein Gericht in St. Petersburg bestätigt eine Entscheidung aus der Vorinstanz, wonach das »Antidiskriminierungszentrum »Memorial« als ausländischer Agent eingestuft wird.
12.12.2013	Präsident Wladimir Putin trifft zum 20. Jahrestag der russischen Verfassung mit Richtern des russischen Verfassungsgerichts zusammen. Er dankt ihnen für ihre Arbeit, insbesondere bei der Behandlung umstrittener Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte.
13.12.2013	Bei der Festnahme von drei mutmaßlichen Erpressern werden im Norden Moskaus zwei Kriminalpolizisten erschossen.
13.12.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet eine Anweisung, wonach das Föderale Zielprogramm zur Entwicklung des Fernen Ostens und der Bajkal-Region bis 2018 verlängert wird. Im Vordergrund steht die Entwicklung der Verkehrs- und Energieinfrastruktur zur Verbesserung des Investitionsklimas.
13.12.2013	Der russische Dienst für die Agraraufsicht »Rosselchhosnadsor« verhängt ein Einfuhrstopp gegen Milchprodukte von 13 holländischen Unternehmen.
14.12.2013	In den Republiken Kabardino-Balkarien, Karatschaj-Tscherkessien und Adygeja werden acht tscherkessische Aktivisten festgenommen. Die Polizei spricht von einem Spezialeinsatz gegen Extremisten. Die Aktivisten erklären ihrerseits, dass es darum gehe, im Vorfeld der Olympiade Aktionen von Tscherkessen zu verhindern. Auf dem Gebiet der Winterspiele fand 1864 die letzte Schlacht der Tscherkessen gegen das Russische Kaiserreich statt, ca. eine Million Tscherkessen wurden in der Folge aus dem Kaukasus vertrieben.
15.12.2013	Gennadij Gudkow, bis Januar 2013 Mitglied der Partei »Gerechtes Russland« und bis September 2012 Dumaabgeordneter, wird auf dem Gründungsparteitag der »Sozial-Demokraten Russlands« zum Vorsitzenden gewählt. In das Zentralkomitee der Partei werden die ausgeschlossenen Mitglieder von »Gerechtes Russland«, Dmitrij Gudkow und Ilja Ponomarjow gewählt.
15.–16.12.2013	Bei einem Spezialeinsatz der Sicherheitskräfte im Rayon Elbrus (Kabardino-Balkarien) werden vier Untergrundkämpfer getötet. Ein Soldat wird leicht verletzt.
16.12.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew besucht Sotschi und überprüft den Stand der Vorbereitungen für die Olympischen Winterspiele in Sotschi. Er erklärt, die meisten Anlagen seien bereit für die Wettkämpfe.
16.12.2013	Der Pressesprecher des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug in der Region Krasnojarsk teilt mit, dass die Pussy-Riot Aktivistin Nadeshda Tolokonnikowa bis zum Ende ihrer Haftstrafe im Tuberkulosekrankenhaus Nr. 1 der Region bleiben wird.
16.12.2013	Bei einem Feuergefecht zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften im Rayon Zuntinskij (Dagestan) werden drei Sonderpolizisten und ein Grenzsoldat getötet.
17.12.2013	Präsidenten Wladimir Putin und sein ukrainischer Amtskollege Viktor Janukowytsch treffen im Rahmen der Russisch-Ukrainischen zwischenstaatlichen Kommission in Moskau zusammen und unterzeichnen eine Reihe von Vereinbarungen. Unter anderem einigen sich Gazprom und Naftogas auf eine Reduzierung des Gaslieferpreises von \$ 410 auf \$ 268,5/Tsd. m ³ ab dem 1. Januar 2014 bis 2019. Außerdem gewährt Russland dem ukrainischen Haushalt einen Kredit über \$ 15 Mrd. aus dem staatlichen Reservefonds.
17.12.2013	Bei einem Angriff auf eine Polizeistreife und anschließenden Feuergefechten zwischen Untergrundkämpfern und Sicherheitskräften werden in Machatschkala (Dagestan) ein Polizist und ein Aufständischer getötet, sieben Polizisten, ein Aufständischer und zwei Zivilisten werden verletzt.
18.12.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in zweiter und endgültiger Lesung ein Amnestiegesetz zum 20. Jahrestag der russischen Verfassung. Danach werden ca. 25.000 Häftlinge freigelassen. Das Gesetz erlaubt auch die Freilassung der »Pussy-Riot«-Aktivistinnen, eines Teils der Beschuldigten im »Bolotnaja-Verfahren« und der Greenpeace-Aktivisten.

18.12.2013	Anwar Asimow, Botschafter für besondere Aufgaben des russischen Außenministeriums, kritisiert den ersten Fortschrittsbericht der EU-Kommission über die Umsetzung der vereinbarten Schritte in Richtung eines visafreien Kurzaufenthaltes zwischen Russland und Europa. Asimow wirft der EU-Kommission eine Verzögerungstaktik und künstliche Eindämmung Russlands vor.
19.12.2013	Auf Grund eines engen Terminkalenders werden US-Präsident Barack Obama und seine Frau Michelle die Olympischen Winterspiele in Sotschi nicht besuchen. Kasachstans Präsident Nursultan Nasarbajew gibt seine Teilnahme an der Eröffnungszeremonie bekannt.
19.12.2013	Generaloberst Wladimir Tschirkin, Oberkommandeur der russischen Landstreitkräfte, bestätigt seine Entlassung, da ein Strafverfahren wegen der Annahme von Bestechungsgeldern gegen ihn eröffnet wurde.
19.12.2013	Präsident Wladimir Putin gibt eine große Pressekonferenz, in der er über drei Stunden auf Fragen in- und ausländischer Journalisten antwortet.
19.12.2013	Im Anschluss an die Pressekonferenz teilt Präsident Putin den Journalisten mit, dass er beabsichtige, Michail Chodorkowskij zu begnadigen.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfried Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Abstracts von Aufsätzen aus OSTEUROPA 10/2013 mit Russlandbezug

»Homosexualität und ihre Feinde« ist das Thema der neuen Ausgabe von OSTEUROPA. 12 Autorinnen und Autoren unterziehen Russland, Polen und Tschechien einer Spektralanalyse: Weshalb schürt in Russland der Staat Homophobie? Welche Rolle spielt die Orthodoxe Kirche? Wie ist die Lage von Schwulen und Lesben in Polen und Tschechien? Außerdem im Heft: Homosexualität in der russischen und der tschechischen Literatur sowie eine Fotoreportage über LGBT-Familien in der Ukraine. Der Band hat 240 Seiten, 67 Abb. und vier Karten und kostet 20,00 €. Bestellung bitte an osteuropa@dgo-online.org.

Im Einzelnen enthält das Heft folgende Beiträge zu Russland:

Dan Healey

Beredtes Schweigen

Skizzen zur Geschichte der Homosexualität in Russland

In Russland waren sexuelle Beziehungen unter Männern lange Teil der patriarchalischen Maskulinität. Untergebene galten als verfügbar. Erst mit der Urbanisierung bildet sich ab den 1870er Jahren eine spezifische homosexuelle Subkultur heraus. Insbesondere in den Hauptstädten Petersburg und Moskau entstanden »kleine homosexuelle Welten«: öffentliche Treffpunkte, wo spezifische Werte und Symbole galten. Die Stadt wurde zur Bühne, auf der sich tetki tummelten. Die Ära der Sichtbarkeit währte nur kurz. Die homosexuelle Subkultur löste Ablehnung aus. Repression und Toleranz existieren nebeneinander, ehe die sowjetischen Behörden 1933/34 Homosexualität zum Straftatbestand erklärten.

Ulrich Schmid

Masken des Begehrens

Homosexualität in der russischen Literatur

In der russischen Kulturgeschichte ist die Homosexualität eine prekäre Kategorie, die zu einem verklausulierten Ausdruck drängt. Diese Spannung zwischen Gewusstem und Unsagbarem erzeugt ein ganzes Spektrum verschiedener Rhetoriken, die Eingang in literarische Werke gefunden und bisweilen sogar den Stil einer ganzen Epoche geprägt haben. Die Homosexualität wird in der Neuzeit zunächst stigmatisiert, im Modernismus explizit thematisiert, in der Sowjetkultur tabuisiert und in der Gegenwart als Provokation gegen traditionelle Lebensstile eingesetzt. Damit verfügt die Homosexualität auch über ein erhebliches politisches Protestpotential, das sich in Russlands öffentlichem Raum zunehmend artikuliert.

Igor' Kon

Lackmustest

Homophobie und Demokratie in Russland

Homophobie ist in weiten Teilen der Gesellschaft Russlands vorhanden. Sie variiert je nach Geschlecht, Alter, Bildung, Wohnort und politischer Einstellung. Die überwältigende Mehrheit der Menschen hat keinen Kontakt mit Homosexuellen und weiß nichts über Homosexualität. Homophobe Einstellungen sind das Ergebnis von Erziehung und Massenmedien. Träger der Propaganda gegen Homosexuelle sind Menschen und Organisationen, die für Traditionalismus eintreten, einen nationalen und religiösen Ausschließlichkeitsanspruch erheben. Homophobie geht oft mit anderen Formen der Xenophobie einher. Ein Spezifikum der Homophobie in Russland besteht darin, dass sie antiwestliche und antidemokratische Haltungen zum Ausdruck bringt.

Natalija Zorkaja

Ressource des Autoritarismus

Diffuse Homophobie in Igor' Kons Lesart

Igor' Kon war der Pionier einer als Sozialwissenschaft verstandenen Sexualwissenschaft in Russland. Lange bevor im Juni 2013 kollektive Homophobie in Gesetzesform gekleidet wurde, analysierte er die Ursachen und die gesell-

schaftspolitische Funktion der Homophobie. In dieser Spielart des xenophoben Ressentiments, das mal schwelt, mal offen ausbricht, sah er eine große Gefahr. Das autoritäre Regime macht sich die xenophobe Stimmung in der Bevölkerung zunutze.

Nikolay Mitrokhin

Gottes Wort und Priesters Tat

Die Russisch-Orthodoxe Kirche und die Homosexualität

Die Russisch-Orthodoxe Kirche spielt scheinbar eine wichtige Rolle in der homophoben Kampagne, die das Putin-Regime in Russland entfacht hat. Doch ist dies nicht der Fall. Die Kirche hat keinen gesellschaftlichen Einfluss, sie ist lediglich ein willfähiges Instrument des Regimes. Die offiziellen Dokumente der Kirche haben für die Kampagne, die fast vollständig ohne theologische Argumentation auskommt, keine Bedeutung. Ohnehin ist der Kreis der homophoben Aktivisten klein und die Kampagne eher virtuell. Käme das Regime auf die Idee, dass Toleranz gegenüber Homosexualität ihm mehr nützt, so fände es problemlos liberale und schwule Priester, die auch diese Position im Fernsehen begründen würden.

Konstantin Michajlov

»Propaganda der Sünde«

Die ROK und die Rechte der sexuellen Minderheiten

Die Russisch-Orthodoxe Kirche setzt sich mit Sexualität und Genderfragen theologisch kaum auseinander. Statt dessen beruft sie sich auf diffuse Traditionen. Die im Jahr 2000 verabschiedete »Sozialdoktrin« bezeichnet Homosexualität als Perversion. Diese Position hat mittlerweile der Staat übernommen. Ihm geht es noch weniger als der Kirche um Religion und Moral. Homophobie ist vielmehr Teil der antiwestlichen Propaganda. Dies schwächt auch jene Kreise in der Kirche, die auf eine Modernisierung der Theologie setzen.

Katja Wiebe

Verordnete Verunsicherung

Homosexualität, Jugendschutz, Jugendliteratur

Eine Novelle des Jugendschutzgesetzes sorgt für Irritationen auf Russlands Kinder- und Jugendbuchmarkt. Das Reden und Schreiben über »nichttraditionelle sexuelle Beziehungen« ist zu einem Straftatbestand geworden. Das Jugendbuch Šutovskij kolpak (Die Narrenkappe), in dem der kleine Griška für den Puppenspielerstar Sém schwärmt, ist geeignet, Verdacht zu erregen. Autorin und Verlag könnten der »Homosexuellen-Propaganda« bezichtigt werden. Die russische Literaturkritik laviert.

Zlata Bossina

Politisch wider Willen

Russisch in Berlin: queer + art = Quarteera

In Berlin hat sich eine Gruppe russischsprachiger Lesben, Schwuler, Bisexueller und Transgender im Verein Quarteera zusammengeschlossen. Quarteera bietet Hilfe zur Selbsthilfe, kämpft mit Kunst und Wort gegen Homophobie in der Diaspora und in Russland. Quarteera klärt wöchentlich über die Lage der queeren Bevölkerung in Russland und im postsowjetischen Raum auf. Zlata Bossina stellt Quarteera vor, analysiert den Zweck der homophoben Mobilisierung in Russland, schildert, was diese für die Betroffenen bedeutet und wagt einen pessimistischen und einen optimistischen Blick in die Zukunft.

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de